

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 103 SONNTAG, 2. Juni 1935

Aus dem Inhalt:

Das deutsche Millionenheer  
Belogenes Volk  
Rassenwahn und Rassenkunde  
Danzig vor dem Völkerbund

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

# Kriegsgefahr — Dauerzustand!

## Die Diktatoren zerrütten den Frieden

Es gibt immer noch Illusionisten in Europa. Sie nehmen diplomatische Haltungen und Reden für die Wirklichkeit. Sie klammern sich an das, was die Diplomaten sagen, um nicht die Dinge selbst sehen zu müssen. Diese Illusionisten haben fieberhaft die Texte der Hitlerrede durchstöbert, um Worte vom Frieden und von der Entspannung zu finden, um sich damit die Sorgen vom Leibe zu halten.

Ein einziger Blick auf Deutschland selbst müßte ihnen genügen, um den wahren Wert dieser Worte kennenzulernen. In Deutschland toben sich neue wilde Verfolgungen gegen die geheime Opposition aus wie gegen alle Kreise, die morgen oppositionell werden könnten. Brutale Ausbrüche des progromwütigen Antisemitismus und Antikatholizismus, Verfolgung der evangelischen Kirchenopposition, ein Durcheinander der Maßnahmen kennzeichnen die Lage. Dazu der Interessentenkampf im System und um das System herum, Jagd nach Profit, Beraubung der Konkurrenz. Die Instrumente der dirigierten Meinung werden hin- und hergeschoben. Die Deutsche Allgemeine Zeitung wechselt nominell ihre Unterhalter, andere große Zeitungen sind umstritten. Das Drängen der inflationistischen Kräfte wird immer stärker und damit der geheime Streit zwischen den Männern an der Spitze des Systems. Nach außen hin will das System erscheinen als ein großer homogener Block, als eine Ausrichtung aller inneren Kräfte auf den Willen des Führers, der allein die Fäden in der Hand hält und souverän dirigiert — in Wahrheit aber ist es ein wildbewegtes System, das bei aller augenblicklichen Stabilität nicht auf granitnem, sondern auf fließendem Untergrund steht. Die innere Wildheit seiner unmittelbaren Anhänger, die Brutalität seiner Methoden, die Vernichtung alles Sinnes für Ausgleich und Gerechtigkeit, das Fehlen alles Sinnes für eine Verantwortlichkeit über den reinen Machtwahn hinaus macht es zu einer Quelle des immerwährenden Mißtrauens, zu einem Element, das unbegrenzte Uebererschussmöglichkeiten in sich birgt. Wer nüchtern den Zustand Europas prüft, darf daran nicht vorbeigehen: die innere Dynamik dieses Systems ist eine ständige Drohung, nicht nur für jeden einzelnen Deutschen, sondern für jeden einzelnen Europäer. Denn darüber dürfte sich inzwischen hoffentlich jedermann in Europa klar geworden sein, daß das Schicksal der Einzelnen mit dem Gesamtschicksal unlösbar verbunden ist!

Immerhin wird die Zahl der Illusionisten immer geringer, und die letzte Hitlerrede hat daher nicht jene Wirkungen hervorgerufen, die man in Berlin auf sie gesetzt hat. Man wird wieder verhandeln — wann hätten je Diplomaten nicht verhandelt. Aber, und das ist das Entscheidende: kein Mensch in Europa denkt daran, für die unsicheren Aussichten und die Zweideutigkeiten dieser Verhandlungen auch nur um ein Tütelchen abzugeben von der Politik der Rüstungen und der auf Rüstungen beruhenden Bündnisse. Geradezu typisch für die allgemeine Entwicklung ist die Veränderung in der Stimmung der englischen Diplomatie wie des englischen Volkes. Wohl verliert die Sprache der englischen Diplomatie wieder an Schärfe — aber auf der anderen Seite

steht das entschlossene Vorwärtstreiben des englischen Rüstungsprogrammes für den Luftkrieg, für die Bereitstellung der Industrie auf alle Eventualitäten. Die Stimmung des englischen Volkes wendet sich immer mehr ab von einem absoluten, auf dem Gefühl der Sicherheit und des Unbeteiligtseins ruhenden Pazifismus zu einer Bejahung der Stärkung der nationalen Verteidigung hin. Dieser Stimmungswandel hat auch die Labour Party und ihre Anhängerschaft erfaßt. Noch hat sie dem englischen Luftrüstungsprogramm opponiert — aber ihre Opposition ist ganz anders nuanciert als noch wenige Monate zuvor. Die Möglichkeit, daß eines Tages harte Notwendigkeit über die Theorie des Friedens hinwegschreiten könnte, wirft ihre Schatten voraus und zwingt sie heute schon, dafür Sorge zu tragen, daß sie den Boden der Wirklichkeit nicht unter den Füßen verliert. Das ist das Geschick, das sich nicht an ihr allein, sondern an fast allen sozialistischen Parteien Europas vollzieht, und nun gar erst an den kommunistischen!

Diese Entwicklung signalisiert über alle diplomatischen Temperaturschwankungen hinweg einen überaus gefährlichen Dauerzustand Europas. Wenn Gewöhnung an diesen Zustand eintritt, so wird die Gefahr nicht geringer, sondern größer; denn mit dieser Gewöhnung schleichen sich Kriegsrüstungen und Kriegsgefahr, und damit schließlich der Krieg selbst als ein unabänderliches Faktum in das Denken der Völker ein. Jeder diplomatische Szenenwechsel, jede Schwankung in der Kräfteverteilung kann zu einer Quelle unmittelbarer Gefahr werden,

wenn erst die innere Widerstandskraft der Völker gegen den Krieg geschwächt ist. Das ist genau der Zustand, in dem sich Europa vor dem Ausbruch des Weltkrieges befand!

Das Wuchten mit der Absicht, die gegenwärtige Kräfteverteilung aus den Angeln zu heben, ist voll im Gange. Wie anders sieht die Welt aus als jene meinen, die an Hitlers Friedenswillen glauben! Während Bemühungen im Gange sind, um die Zweideutigkeiten und Hinterhältigkeiten der 13 Punkte Hitlers aufzuklären, sucht die Hitlerdiplomatie den Ring zu sprengen. Göring besucht die Verbündeten Deutschlands aus dem Weltkriege, Ungarn und Bulgarien. Die Wirkung seiner Reise ist in Budapest unmittelbar in die Erscheinung getreten. Gömbös rasselt mit dem deutschen Schwert. Er will Ungarn bis an die Zähne aufrüsten. Er träumt laut von einem Block Warschau, Budapest, Wien, Rom, Berlin. Auch in Jugoslawien soll ein neuer Versuch unternommen werden, und schließlich auch in Rom. Mussolini aber, der andere Diktator in Europa, spielt ganz offensichtlich mit dem Gedanken, die Festigung der Kräfteverhältnisse nach Stresa und nach dem Abschluß der französisch-russischen und französisch-tschechoslowakischen Pakte wieder aufzulösen. Seine Politik wird unbestimmter, sie beginnt wieder in allen Farben zu schillern. Sein abessinisches Abenteuer, seine Verhandlungen um den Donaupakt, seine Anbetung der Rüstung aus Prinzip — alles zeigt den Willen, sich wieder in den Vordergrund zu schieben. Damit wird der Zustand Europas noch labiler, als er ohnehin schon ist. Aber die

Labilität aller politischen Beziehungen, die Aufrechterhaltung der Kriegsvorabstimmung, die allgemeine Unsicherheit, das ist es, was die Diktatoren brauchen, das ist ihr Lebenselement. Sie übertragen die Gefahren und die Unsicherheit aus dem Innern ihrer Machtbereiche auf ganz Europa, sie sind eine Kraft für den Krieg, niemals für den Frieden.

»Ganz klar ist Deutschland der Feind der Sicherheit und des Friedens« — so heißt es in der Prawda vom 23. Mai nach der Hitlerrede — »Hitlers Programm ist nicht ein Programm des Friedens, sondern des Krieges im Westen wie im Osten Europas.« Die deutsche Diktatur arbeitet unermüdlich, um den europäischen Abwehrwillen gegen die deutschen Herrschaftsgelüste zu schwächen. Es gibt keinen Frieden und keine Stabilität in Europa, solange Diktatoren, die um ihrer Existenz willen den Krieg und die Kriegsgefahr brauchen, den europäischen Völkern das Gesetz der Rüstung zum Kriege aufzwingen können!

### Im Dienste der Freiheit

Am 17. Mai wurden in München 11 Sozialdemokraten prozessiert. Drei von ihnen wurden freigesprochen. Es wurden verurteilt:

Heinrich Stützel aus Landau 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, Oskar Tremmel und Friedrich Kirn aus Ludwigshafen 1 Jahr 8 Monate Gefängnis.

Weitere fünf Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 7 Monaten aufwärts.

Die Freigesprochenen wurden in Schutzhaft genommen.

# Das deutsche Millionenheer

## Stärker als die Armee Sowjetrußlands

Durch den Mund des Hitlerbyzantiners Reichenau, dem reaktionärsten Militär der deutschen Reichswehr, der Göring verhimmelt und Schliecher über dessen Tod hinaus verfluchte, wurden der deutschen Presse Erläuterungen über das neue deutsche Wehrgesetz gegeben. Sie sind darnach.

Mit dem neuen Wehrgesetz wird das Wehrgesetz des Jahres 1921 hinfällig, welches — den Forderungen des Versailler Vertrages folgend — die allgemeine Wehrpflicht abschaffte. Deutschland ist zum System der alten preußischen Armee zurückgekehrt, nach dem jeder männliche Bürger zwischen 17 und 45 Jahre Waffendienst zu versehen hat.

Die Länge der Dienstzeit ist gesetzlich bisher nicht geregelt. Sie wird jeweils vom Reichskanzler festgesetzt, beträgt aber nach den Mitteilungen Reichenaus ein Jahr. Freiwilliges Längerdiensten ist möglich, und zwar im Heer ein zweites, in Kriegsmarine und bei der Luftwaffe ein drittes und viertes Jahr. Das Flottenpersonal der Kriegsmarine sowie die Fliegertruppe sollen ausschließlich aus Längerdienenden Freiwilligen ergänzt werden. Den traditionell altpreußischen Gegensatz zwischen Mannschaft und Führung bringt das Regime u. a. dadurch zum Ausdruck, daß es einzelnen Juden eventuell noch gestattet, Heeresdienst auszuüben, nicht aber höhere Chargen zu bekleiden. Im Krieg schließt man vermutlich Frieden mit ihnen. Hitler, der im Kriegsfall näheres darüber zu verfügen hat, wird bombastisch verkünden: »Ich kenne keine Juden

mehr, ich kenne nur noch Deutsche.« Durften die Juden im Hitlerdeutschland auch nicht leben, so dürfen sie doch im Kriegsfall dafür sterben — wenn sie bis dahin nicht schon totgeschlagen sind.

Von der Wehrpflicht nicht erfaßt werden die wegen »staatsfeindlichen Verhaltens« gerichtlich Abgeurteilten, die sich sonst als »wehrunwürdig« erwiesen haben. Was sich die Herrschaften eigentlich einbilden, wie gern die Kämpfer gegen dieses Regime von den neudeutschen Kommissariefeln getreten werden.

Zuerst wird der Jahrgang 1914 eingezogen. Jahrgang 1915 macht zunächst ein Jahr Arbeitsdienst ab. In Ostpreußen wird außerdem der Jahrgang 1910 gemustert. Die Jahrgänge 1910—1913 können sich freiwillig melden. Im übrigen ist für diese Jahrgänge nur eine kurze Schnellausbildung von zwei Monaten vorgesehen, sie sind nur Ersatzreserve.

### Jahrgang 1914

Das Regime verfährt mit seiner Wehrpflicht politisch sehr vorsichtig. Die Herren haben sich sehr gut überlegt, welche Schichten relativ am ungefährlichsten sind. Jahrgang 1914 weiß nichts mehr vom Grauen des Krieges, diese Jungens wurden geboren, als der Krieg ausbrach. Als er beendet war, waren sie vier Jahre alt. Zusammenbruch, Revolution und Neuaufbau erlebten sie nicht als bewußte Menschen. Sie kennen die Vergangenheit nicht, wissen daher

nicht zu schätzen, was sich nach dem Kriege verändert hat, und vor allem sind sie sehr der Legendenbildung zugänglich. Major Heese sagt über das geistige Bild dieser Jugend sehr richtig:

»... außerordentlich geringes Wissen, der Mangel an intellektuellem Willen und an innerer Disziplin, ein einseitiges Tagesinteresse mit Betonung einiger weniger Dinge, eine starke Ueberschätzung der eigenen Persönlichkeit und eine entsprechende Unterschätzung der Vergangenheit und ihrer Generation.«

Alles dies ist die Folge der Kriegs- und Nachkriegsjahre, was leider nur den Betrachtern dieser Jugend, nicht aber der Jugend selbst bewußt geworden ist. Eben aus all diesen Gründen konnte der Nationalsozialismus auf diese Jugend zunächst einen gewissen Einfluß erlangen. Die körperliche Beschaffenheit dieser Jungen ist günstiger. Aerztliche Feststellungen haben ergeben, daß sich die Not der Kriegs- und Inflationszeit kaum noch auswirkt, (nach Heese) und der ungeheure Aufschwung des Sportes nach dem Kriege viele Schäden wettgemacht hat. Wesentlich ist, daß diese Menschen zu denken begannen, als die Krise hereinbrach. Etwa um diese Zeit verließen sie die Schule und standen vor der Wahl eines Berufes. Seither haben sie nichts anderes als Krise erlebt. Vielfach berufslos, abhängig von den Eltern, schikaniert vom Arbeitsamt, enttäuscht von allem, werden sie in der Wehrpflicht vielleicht etwas Neues zu finden glauben, wie diese Jugend vielfach für den Arbeitsdienst

# Kampf dem braunen Terror!

## Internationale Proteste gegen das Nazi-System

eintrat und nicht die schlechtesten gerade von ihm den großen Umbruch der Zeit erwarteten. Freilich, die gegenwärtige Praxis des Arbeitsdienstes hat nicht mehr mit dem Ideal dieser Jugend zu tun, dennoch hat diese Jugend wahrscheinlich die meisten Illusionen von allen, die eine zeitlang auch noch militärisch für das Regime umzumünzen sind.

Dieser Jahrgang 1914, der nun in die Kasernen gesteckt wird, ist 560.000 Mann stark. Die Militärtauglichkeit ist in Deutschland vorläufig zweifellos noch sehr hoch — geht man nur von den körperlichen Voraussetzungen aus. Die amtlichen Bestimmungen über die Tauglichkeit zum Heeresdienst sind zwar dermaßen streng und die Voraussetzungen daher nur von einem so kleinen Teil erfüllbar, daß man nur mit einem sehr niedrigen Prozentsatz Tauglicher zu rechnen hätte, aber nach diesen Bestimmungen wird man gar nicht verfahren können, soll die Wehrpflicht wirklich eine allgemeine sein. Hier äußern sich offenbar nur Wünsche anderer militärischer Richtungen als der heute voll zum Durchbruch gekommenen nationalsozialistischen. Am besten geht das wohl aus der Meinung hervor, daß man von den 560.000 Angehörigen des Jahrganges 1914 350.000 bis 450.000 einzuziehen gedenkt.

### Deutsche Vorkriegsarmee und Rußlands jetzigen Stand übertroffen!

Zusammen mit der Musterung des Jahrganges 1914 fällt die Einberufung des Jahrganges 1915 zum Arbeitsdienst. Der Jahrgang 1914 hat diese Schule ja zu einem großen Teile durchgemacht, abgesehen von anderen Jahrgängen.

Die Arbeitsdienstpflicht ist also jetzt offiziell das erste Jahr der zweijährigen Dienstpflicht in Deutschland. Durch den Arbeitsdienst erhöht sich also nicht nur die Dienstzeit, sondern auch der Truppenbestand.

Berechnet man nun die Reichswehr ein und berücksichtigt man die Freiwilligen, die sich unabhängig von dem im Moment eingezogenen Jahrgang, in die Armee eingliedern können, zieht man ferner in Betracht, daß in Ostpreußen auch noch der Jahrgang 1910 gemustert wird, dann ergibt sich daraus, daß Deutschland heute zahlenmäßig weit die Friedensstärke des kaiserlichen Heeres übertrifft. Diese betrug 1913/1914 725.149 Mann. Heute übertrifft Deutschland auch die russische Armee, die 940.000 Mann zählt. Zum ersten Mal in der Geschichte ist die deutsche Armee zahlenmäßig der russischen überlegen. Immer war Rußland ungefähr doppelt so stark. Hitlers Rede, Rosenbergs Pläne und die auffällende Tatsache, daß in Ostpreußen noch ein weiterer Jahrgang eingezogen wird, lassen klar erkennen, um was es zunächst geht.

### Die Schule der Nation

Mit dem Wehrgesetz zusammen fällt die Änderung des Reichsministergesetzes. Dadurch wird den aktiven Soldaten die Ministerbefähigung zugesprochen, eine interessante Illustration für die »unpolitische Armee«, die nirgends politischer war als in Deutschland. Auch das Aufgreifen der altpreussischen Bezeichnung »Kriegsministerium« ist auffallend. Die Formen des alten reaktionären Preußentums erneuern sich. Unfähig, eine Ordnung zu schaffen, die vom Volke innerlich bejaht wird, müssen Drill und Kommando an die Stelle der Ueberzeugung und der freiwilligen Einsatzbereitschaft treten. »Schule der Nation« sagen die Blomberg und Göring, die Heese und all jene, die nicht nur militärische, sondern vor allem ökonomische und politische Interessen zu wahren haben. Es ist ja doch eine Tatsache, die selbst von Heese, Oertzen und anderen Militärschriftstellern Deutschlands eingestanden werden muß, daß — um nur ein Beispiel zu nennen — vor dem Kriege gerade von der reaktionären Garde, in erster Linie den Junkern, gegen die Erweiterung des Heeres Stellung genommen wurde, weil dadurch bürgerliche Offiziere an die Spitze des Heeres gekommen wären. Ludendorff und andere führen darauf sogar den Verlust der Marneschlacht zurück. »Schule der Nation« hieß diese »Erziehung«. Heese enthüllt deutlich die reaktionäre Seite der neuen deutschen Wehrpflicht:

»Vor unseren Augen taucht leuchtender als je zuvor, das Bild der alten Armee und mit ihm des Staates der Ordnung auf. Wir erkennen, was 14 Jahre ohne allgemeine Wehrpflicht für die Entwicklung der jungen Generation bedeutet haben, wie vieles ihr verlorengegangen und was ein älteres Geschlecht ihr vorausgeholt hat. . . . Zu jung war das Reich, zu widerstrebend in sich die Kräfte des Individualismus und des Partikularismus, zu verschieden der deutsche Mensch in seiner Struktur, als daß es nicht eiserner Klammern bedürft hätte,

Die Ausschließung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Kopenhagen hat eine Resolution beschlossen, in der sie den steigenden braunen Terror in Deutschland brandmarkt. Sie stellt fest, daß Tausende von Gewerkschaftern in Konzentrationslagern der brutalsten Behandlung unterworfen werden und fährt fort:

»Der Generalrat des IGB lenkt die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf diese Tatsache. Eingedenk der kaltblütigen und feigen Ermordung des Arbeiterführers Husemann muß sich die ganze zivilisierte Welt zum Protest gegen die Nazidiktatur und ihre Methoden erheben, die selbst die Waffe des heimtückischen Mordes als Instrument der Politik einschleusen.

Der Generalrat fordert alle freiheitsliebenden und demokratisch gesinnten Menschen zu verstärkter Opposition gegen die Nazidiktatur auf, zur Ausbreitung und Verstärkung des Boykotts und zur Sammlung aller Kräfte im Kampf um die Befreiung der Opfer des Faschismus.

Zu diesem Zwecke fordert der Generalrat des IGB, daß eine internationale Kommission zur Untersuchung der Nazi-Greuel eingesetzt wird.

Eine Gruppe von Abgeordneten der Labour Party hat im englischen Unterhaus den folgenden Antrag eingebracht:

»Das Haus ist der Ansicht, daß durch Sr. Majestät Regierung Schritte unternommen werden sollten, um der deutschen Regierung die Gefühle des Widerwillens zum Ausdruck zu bringen, die durch den in Deutschland jetzt herrschenden Massenterror erzeugt werden, worunter die ge-

heime Verhaftung und Einkerkung von Arbeitern zu verstehen ist, ihre Einschließung in Konzentrationslagern, die Verwendung der Folter zur Erpressung von Geständnissen, das Prügeln und Verstümmeln wehrloser Gefangener und pseudorechtmäßige Hinrichtung von Personen, die sich in der Gewalt der deutschen Regierung befinden. Das Haus ist ferner der Ansicht, daß Sr. Majestät Regierung die deutsche Regierung unterrichten sollte, daß dieser Stand der Dinge in Deutschland unglücklich auf die freundschaftlichen Beziehungen einwirke, deren Existenz zwischen Deutschland und Großbritannien erwünscht wäre.«

### Die Unterdrückten

Am Sarge Fritz Husemanns.

Wie Fritz Husemann bestattet wurde, das schildert der folgende Bericht aus dem Ruhrgebiet:

Wie ein Blitz aus heiterm Himmel traf uns Bergarbeiter die Nachricht von der Ermordung unseres Führers. Die Nachricht, daß Fritz Husemann am Samstag, dem 19. April, mittags um 12 Uhr, im Krematorium in Dortmund eingeschert werden würde, erhalten wir in letzter Stunde. Wie ein Lauffeuer geht sie von Mund zu Munde. Kurz vor 12 Uhr treffen wir auf dem Zentralfriedhof ein. Personautos, Motorräder, Radfahrer kommen. Im Nu ist der Platz gefüllt. Ernst und wortlos stehen die jungen und die alten Kameraden. Hier und da ein stiller Händedruck unter den Kumpels. Ein scheues Umschauen: wer ist Spitzel?

Es ist 12 Uhr. Die Haupttrauerhalle wird geöffnet und im Nu ist alles besetzt. Tränen-

den Auges schauen die Teilnehmer zum Katafalk. Dort ruht er, unser gemordeter Führer. Nach kurzem Orgelspiel singt der Volkschor Bochum. Ein junger Bergarbeiter tritt an die Bahre und spricht Dehmels Gedicht: »Unter Tage, über Tage.« Das letzte Glück auf ist verhallt. Der Volkschor singt »Ein Sohn des Volkes«. Bei der letzten Strophe setzt leise die Orgel ein, das Lied begleitend und zum Schluß dröhnt es in mächtigen Akkorden durch den Raum, wie die Anklage der Unterdrückten und gleichzeitig als Trutzlied der sich Aufblühenden: »Ein Sohn des Volkes wolle er sein und bleiben.«

Eine gewaltige Erschütterung geht durch die Trauergemeinde. Den Hut in den Händen zerklüftet stehen die Knappen, Tränen der Rührung, aber auch stiller verhaltener Wut in den Augen. Das Blut hämmert mächtig in den Adern. Man hat das Gefühl, daß hier im Raume eine gebändigte, verhaltene Kraft vorhanden ist, die eines Tages explosiv hervorbrennen muß. Man liest es den Gesichtern der Bergarbeiter, der Freunde und Bekannten ab.

Bei den letzten Klängen versinkt der reich mit Blumen geschmückte Sarg. Beim Verlassen der Halle schauen wir uns in die Augen. Leise wird geflüstert: »Nicht einmal ein kurzer Nachruf wurde gestattet. Das besagt alles.« Doch lieber Fritz Husemann, eine noch so große Rede hätte nicht das Gefühl wecken können wie dieses verbissene Schweigen bei dieser schlichten Feier.

»Auf der Flucht erschossen!« Ja, wir wissen, was das heißt. Dein Tod und Dein schlichtes Leichenbegängnis haben der deutschen Arbeiterschaft eine erneute Verpflichtung auferlegt. Glück auf!

um hier die Kräfte in ihrer Totalität zusammenzufassen. Erst in der deutschen Armee verkörperte sich das größere Vaterland, denn nirgends konnten sich ja die Söhne so zusammenfinden wie hier und von keiner Seite aus wurde eine weitere Entwicklung so einheitlich bestimmt wie von dieser Stelle.

Die eiserne Klammer, das war gestern und ist heute die Klammer, die die

Freiheit erstickt. Sie war gestern und ist heute das Wahrzeichen einer unhaltbaren Ordnung, sie war gestern und ist heute der militärische Ausdruck der deutschen Reaktion. Sie war gestern und ist morgen die Ursache des Zusammenbruchs. Dem verantwortungslosen Schwertgeklirr fügt das Regime die innere Reaktion hinzu. Und das Volk muß wieder dafür bluten.

## Danzig vor dem Völkerbund

### Die vier Gesichter des Nazi-Greiser

Der Völkerbundsrat hat eine Kommission von drei Mitgliedern eingesetzt, um die Danziger Petitionen zu prüfen, die sich über die schweren nationalsozialistischen Verfassungsverletzungen beklagen. Herr Greiser, der Danziger Senatspräsident, war ganz klein. Er erklärte, daß der Senat seine Haltung ändern würde, wenn die Kommission Verfassungsverletzung feststellen sollte, und daß er dann geeignete Maßnahmen zur Abhilfe ergreifen werde.

Der Nationalsozialist Greiser trägt in Genf ein anderes Gesicht zur Schau als in Danzig. In Danzig hat er dem Hohen Kommissar des Völkerbundes grüßlich attackiert, hat seine Rechte bestritten und hat zugleich den Völkerbund lächerlich gemacht. In Genf tat er de- und wehmütig Abbitte. Dort saß er mit dem Hohen Kommissar am Ratsische, als Herr Eden als Berichterstatter erklärte:

»Der Völkerbundsrat wird nicht dulden, daß der Danziger Senat die Tragweite der Völkerbundsgarantie für die Danziger Verfassung einschränkt. Er wird nicht gestatten, daß Danziger Bürger, die sich an ihn wenden, des Landesverrates beschuldigt werden. Die Mitglieder des Rats nehmen die formulierten Kritiken an der Amtsführung des Hohen Kommissars nicht an. Der Völkerbundsrat versichert dem Hohen Kommissar seines vollen Vertrauens für die Erfüllung der dringenden Aufgabe, die ihm anvertraut ist.«

Nach dieser Ohrfeige stammelte Greiser, daß er die Kompetenz des Hohen Kommissars niemals in Zweifel gezogen habe, aber bei seinen Wahlreden habe er — mehr mit dem Herzen als mit dem Verstand gesprochen! Der Knabe Greiser hat sich vor dem Rat de- und wehmütig zurückgezogen, in Danzig aber wird er wieder den Diktator spielen, und wehe denen, die die Wahrheit der Vorgänge vor dem Rat in Danzig ins wahre Licht setzen!

### Vergeßlichkeit oder Bekenntnis?

Hitler hat in seiner Reichstagsrede seine Kriegshetze gegen Sowjetrußland unterstellt durch eine lange Aufzählung kommunistischer Verbrechen von 1918 an. Er hat sie geführt bis zum Jahre 1933. Dann brach er

ab und sprach: und so weiter, und so weiter!

Warum »und so weiter«? Warum hat er nicht mehr gesprochen von dem großen Glanz- und Schaustück der Hitlerpropaganda, das seit 1933 der Öffentlichkeit als das kommunistische Verbrechen eingehämmert werden sollte? Warum hat er nicht vom Reichstagsbrand gesprochen?

Warum?

### Danziger Nazizensur

Die Verlagsanstalt »Graphiae« in Karlsbad erhält den folgenden Brief:

Landeskulturkammer der Freien Stadt Danzig, Geschäftsstelle: Danzig, Elisabethwall 9/III. Fernsprecher: 21.851 und 27.241.

Danzig, den 10. Mai 1935. Ich möchte Sie bitten, für die »Buchberatungsstelle« in der Landeskulturkammer der Freien Stadt Danzig ein unberechnetes Verlagsexemplar von:

»Konzentrationslager Julius Deutsch: »Der Bürgerkrieg in Oesterreiche« zur Prüfung senden zu wollen.

Laut Verfügung des Senats der Freien Stadt Danzig überwacht die »Buchberatungsstelle« sämtliche in den Handel oder zur Ausleihe kommende Literatur im Gesamtgebiet der Freien Stadt Danzig. Sie empfiehlt den Vertrieb und Ankauf wertvoller Bücher in öffentlichen Buchereien, Leihbüchereien, Volksbüchereien und im Buchhandel. Sie verbietet den Vertrieb und Verleih ungeeigneter Literatur im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Sollten Sie diesem Ersuchen nicht nachkommen, so müßte ich annehmen, daß Sie selbst Ihr Buch für nicht geeignet für den Vertrieb oder den Ausleih im Gebiet der Freien Stadt Danzig halten. Ich müßte in diesem Falle die entsprechenden Maßnahmen treffen.

Konst. Trummer,

Leiter der »Buchberatungsstelle«.

Auf diese Weise sollen die Methoden des braunen Meinungserrors aus dem Hitlerreich auf Danzig übertragen werden. Die Herrschaften machen es sich sehr bequem. Da sie gegen Buchhändler, Buchverleiher und private Buchkäufer in Danzig nicht mit den gleichen brutalen Gewaltmitteln vorgehen können wie im Reiche, sollen ihnen die Verleger selbst behilflich sein. Sie richten eine

Buchvorzensur ein, und wer sich nicht freiwillig unterwirft, gilt von vornherein als verdächtig. Es versteht sich von selbst, daß diese famose Einrichtung nicht im Einklang mit der vom Völkerbund garantierten Verfassung ist. Das fehlte gerade noch, daß die Buchverleger selbst diese saubere Methode förderten!

### Deutscher und Franzose

Aus dem »Intransigeant« (7. Mai):

»Mit tiefer Trauer hört man von einem neuen Fall von Kindermißhandlung. Es handelt sich diesmal um einen armen Jungen von 7 Jahren, und auch der Missetäter selbst war nur ein Knabe. Er ist heute 14 Jahre alt. Bei seiner Vernehmung auf dem Kommissariat des Bezirks Javel, das ihn verhaftet hatte, gab Gaston Bonniec ohne Sträuben und ohne Gemütsbewegung die ihm vorgeworfenen Mißhandlungen zu. Er sagte aus: »Wir spielten Deutscher und Franzose. Da ich der Stärkere bin, war ich der Deutsche. Mein Bruder spielte den Franzosen. Ich zwang ihn, die »Marseillaise« zu singen und dann hieb ich so fest auf ihn ein, wie ich konnte.«

### Belogenes Volk

So wird Deutschland informiert!

Wir sind, wie so häufig, in der Lage das folgende Stück aus den geheimen deutschen Presseanweisungen zu veröffentlichen:

Landesstelle Thüringen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda Weimar, den 26. April 1935.

An alle Herren Schriftleiter Vertraulich! der ges. Presse Nur zur Information des Gaues Thür. der NSDAP.

Nicht zur Veröffentlichung! Rundschreiben Nr. 112/35.

I. Der Mac-Donald-Artikel wird höchstwahrscheinlich im Laufe des heutigen Tages von DNB ausgegeben, er soll nur in dieser Form durch die Presse gebracht werden.

II. Ueber den ganzen Komplex der deutsch-englischen Flottenverhältnisse soll die deutsche Presse nichts veröffentlichen.

III. Es wird darauf hingewiesen, daß es Berichtigungen nach § 11 des Pressegesetzes für amtliche Nachrichten und amtliche Anweisungen nicht gibt. Das Schriftleitergesetz setzt in diesem Falle frühere Gesetz außer Kraft. Heil Hitler; Im Auftrag: gez. Voß.

Achtundvierzig Stunden nach dem rätselhaften Vorkommnis an der niederländischen Grenze, bei dem der gewaltsam entführte, von Deutschland rückzuführende Gutzeit den Uebertritt nach Holland verweigerte, fand vor dem Gericht in Almelo der Prozeß gegen seinen Entführer statt. Oder genauer: Gegen das Werkzeug der Entführung. Denn der holländische Schornsteinbauer und Polizeivigilant Klein-Souverink, der für den Judaslohn von hundert Reichsmark Gutzeit über die Grenze lieferte, erwies sich nur als die untergeordnete, ausführende Persönlichkeit. Hinter ihm stand der Schatten des deutschen Kriminalkommissars Kruschwitz, der die Entführung angestiftet, in allen Details organisiert und die Belohnung gezahlt hat.

Kruschwitz war bekanntlich bei einem Aufenthalt in Holland verhaftet worden. Nachdem er ein Geständnis abgelegt hatte, ließen ihn die holländischen Behörden jedoch unbegreiflicherweise laufen. Er mußte sich allein »auf Ehrenwort« verpflichten, zur Verhandlung zu erscheinen.

Was ein braunes Ehrenwort wert ist, konnte man nun erfahren. Zur Verhandlung war Kruschwitz natürlich nicht erschienen. Freilich, — was braucht ein Kriminalkommissar sein Ehrenwort zu halten in einem Lande, das von einer Partei beherrscht wird, deren offizieller Sprecher einst erklart hat: »Wenn es nötig ist, breche ich mein Ehrenwort hundertmal, tausendmal.« Kruschwitz hat ja nichts anders getan, als jener einstige Angeklagte im Münchener Hochverratsprozeß, der pathetisch zum Obersten Seißer sagte: »Ja, ich habe Ihnen mein Ehrenwort, nicht zu putschen, gebrochen! Verzeihen Sie mir.« Die Reue über das gebrochene Ehrenwort fand dann am 30. Juni 1934 für den Obersten Seißer einen dramatischen Abschluß, der ihn jeder weiteren Erinnerung an die für — den andern so peinliche Sache überhob.

Kruschwitz, der nach brauner Parteimoral »in deutscher Mannestreu« sich über sein Ehrenwort hinwegsetzte, hat wenigstens ein Gutes damit erreicht: Er hat dem Ausland einen Begriff gegeben, was man sich heutigentags unter einem deutschen Beamten vorzustellen hat. Ein Teil der holländischen Presse erhebt jetzt heftige Vorwürfe, daß man K. hat laufen lassen, während man in Deutschland gegen verhaftete Holländer alles andere als zimperlich verfährt.

Im übrigen wurde in der Verhandlung die Tatsache, daß ein deutscher Kriminalkommissar eine Menschenjagd auf niederländischem Gebiet organisiert hat, einwandfrei festgestellt. K. war auch der Erfinder des sauberen Tricks, daß Klein-Souverink unter dem Vorwand, noch einen Hund einladen zu müssen, das Auto mit Gutzeit über die deutsche Grenze lenkte. Durch einwandfreie Zeugen wurde auch erwiesen, daß Gutzeit vor seiner Entführung die größte Angst bezugte, nach Deutschland zurückzukehren. Das wirft auf die Grenzkomödie, mit der die braunen Weltbetrüger sich nach ihrer Blamage zu rehabilitieren suchten, ein besonderes Licht.

## Fiel es ihm leicht?

Zu Beginn der Reichstagsitzung vom 21. Mai forderte Präsident Göring die Abgeordneten auf, sich zu Ehren des verstorbenen Marschall Pilsudski von den Plätzen zu erheben und seine Gedenkrede stehend anzuhören.

Einer der 669 Diätenschlucker, die daraufhin ihr Gesäß lüfteten, war Wilhelm Kube, Oberpräsident von Brandenburg, brauner Großbonze. Wir hoffen, daß ihm das Aufstehen nicht allzu schwer gefallen ist. Vor 2½ Jahren hat nämlich ein gewisser Wilhelm Kube, damals Führer der nationalsozialistischen Preußenfraktion, im Landtag lobend die »Schmach« erörtert, die der verstorbene Präsident Bartels der Nazi-Gruppe, als sie noch sechs Mann zählte, angetan habe. Er habe sie gezwungen, im Landtagsrestaurant (am Tisch der Fraktionslosen) zusammen mit »zwei Polackene« ihr Essen einzunehmen. Ausdrücklich nannte Kube dies »die größte Schmach, die man einem Deutschen antun kann«, und rief den Weimarer Parteien zu: »Wie auch der siegreiche Nationalsozialismus gegen Sie verfahren wird, eine solche Schmach, mit Polackene spielen zu müssen, wird er Ihnen nicht antun!«

Jetzt stand Kube zu Ehren des toten »Polackene« Pilsudski stramm und mit ihm einige hundert andere, die ihm damals wie die Rasenden Beifall geklatscht hatten. 2½ Jahr lag das zurück. Wie doch die Zeit im Dritten Reich vergeht!

## Rosenberg regiert die Stunde

Der Kulturkampf in Deutschland entwickelt sich in wuchtigem Tempo. Rosenberg regiert die Stunde. Die protestantische Kirche ist organisatorisch nur noch ein Trümmerhaufen. Der Reichsbischof ist eine Nebenfigur. Die vor einem Jahre sieghaft zur Erhebung der evangelischen Kirche aufsteigenden »Deutschen Christen« sind zerrissen und zerspalten, bedroht von der deutschgläubigen Bewegung. Des Reichsinnenministers Dr. Frick Vermittlungsversuche scheitern. Man behauptet, Hitler weigere sich, die Staatsmacht zur Schlichtung eingreifen zu lassen.

Das Reichskonkordat ist nur noch ein von den Nationalsozialisten verlästertes und verlachtes Lappen. Nicht nur die Kirchenblätter, auch harmloseste Missionstraktate wie der »Christkönigsbote« werden verboten. Schuld: Verteidigung der katholischen Glaubenslehre gegen die neuheidnischen Angriffe. Der Pfarrer Friesenhahn in Koblenz wird eingesperrt, weil er die christliche Caritas über das Winterhilfswerk gestellt hat, der Pfarrer Giles in Mayen, weil er Seine Majestät den Hitlerjungen »angegriffen«. Staatsjugend und Staatsläusejunge sind unantastbar, auch wenn sie noch so große Lotterbuben sind.

Alfred Rosenbergs Broschüre »An die Dunkelkammer unserer Zeit« ist in 100.000 Exemplaren verbreitet worden. Innerhalb weniger Wochen. Ein Rundschreiben des »Bundes Reichsdeutscher Buchhändler« zeigt, daß die Broschüre unter staatlichem Zwang in »der Zusammenarbeit mit den Beauftragten der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums« propagiert wird. Ein Protestbrief des intermissionistischen Bischofs von Berlin, der sich bei dem Reichsinnenminister beklagt, daß straflos die christliche Ueberzeugung und die christliche Ehre untergeordnet werde, daß man das Christentum auf Schritt und Tritt amtlich hindere und die antichristlichen Kräfte fördere, ist wirkungslos zu den Akten genommen worden. Der Berliner Gauverwalter der Deutschen Arbeitsfront spricht den konfessionellen Arbeitervereinen die Existenzberechtigung ab und verbietet die Doppelmitgliedschaft. Katholische und evangelische Arbeitervereine werden also nur in die Deutsche Arbeitsfront aufgenommen, wenn sie aus ihrem kirchlichen Klub austreten. Die Spannung zwischen konfessionellen Vereinen und Arbeitsfront ist besonders groß im Westen und im Süden des Reichs. In Köln sind 40.000 Kolping-Söhne, also katholische Gesellenvereine, demonstrativ aufmarschiert. Die katholische Presse tröstet sich damit, daß »immer noch« 500.000 Katholiken auf die katholischen Arbeitervereine schwören und 100.000 Evangelische auf die evangelischen Arbeitervereine. »Immer noch...«

Der Papst aber schweigt, und die Bischöfe schweigen, von Beschwerdebriefen abgesehen, auch. Wir wissen nicht, welche Taktik sich dahinter verbirgt. Sicher aber ist, daß die Konfessionen mehr und mehr in die Verteidigung gedrängt und von der allgemeinen Lawne bedroht werden, die noch lange nicht abgerollt ist und noch viel unter sich begraben wird.

## Das nächste Fait accompli

Die zweieinhalbstündige, schriftlich niedergelegte und sichtlich von den Aemtern genau bearbeitete außenpolitische Kanzlerrede zeigt an einem entscheidenden Punkte eine viel zu wenig beachtete Zweideutigkeit. Es handelt sich um die entmilitarisierte Zone am Rhein, die eine der nächsten schweren Komplikationen zu werden droht. Nach den meisten ausländischen, insbesondere englischen Berichten hat der »Führer« und Reichskanzler feierlich gelobt, die entmilitarisierte Zone »zu respektieren« oder »zu achten«. Leider hat er das nicht so unzuwiderständig im Reichstage gesagt, wie jedem auf diesem Gebiete Sachkundigen sofort beim Zuhören auffiel. Hitler erklärte in seinen 13 Punkten unter Ziffer 3, daß er den Locarnopakt halte, solange auch die übrigen Vertragspartner dazu stehen. Bekanntlich aber verkündet die gesamte deutsche Presse, daß das französisch-russische Abkommen den Geist von Locarno verletze. Dann aber heißt es in der Hitlerrede wörtlich:

Die deutsche Reichsregierung sieht in der Respektierung der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhört schweren Beitrag zur Beruhigung Europas. Sie glaubt aber darauf hinweisen zu müssen, daß die fortgesetzten Truppenvermehrungen auf

der anderen Seite keineswegs eine Ergänzung dieser Bestrebungen sind.

Diese raffiniert gewählten Worte enthalten keineswegs ein Bekenntnis zur Innehaltung der Artikel 42 bis 44 des Versailler Vertrages, sondern eine Anklage und einen Protest, die schon die künftigen Gründe des fait accompli auch in der entmilitarisierten Zone aufzeigen.

Wir nehmen hier nicht zu dem Problem der einseitigen entmilitarisierten Zone an sich Stellung. Es geht uns nur darum, in diesen Wochen, da man einen Geist in die Hitlerrede hineingeheimnist, den sie nirgendwo enthält, einen besonders gefährlichen Illusionsschwindel zu enthüllen. Die entmilitarisierte Zone gehört der Vergangenheit an. Eine nahe Zukunft wird den Schleier von dieser Tatsache ziehen.

## Ein Unsterblicher

Im Getöse der Woche mit der pazifistisch-militaristischen Reichstagsitzung und den Ausführungsbestimmungen zur allgemeinen Wehrpflicht ist kaum bemerkt worden, daß ein Unsterblicher aus siebzehnjähriger Grabruhe auferstanden ist: der Leutnant der Reserve! Ein »Merkblatt für das Offizierskorps des Beurlaubtenstandes des Heeres« hat die Gruft des einst von der Republik Eingespargten gesprengt. Er lebt und schreitet wiederum seinem Deutschland und seiner Zeit in frischgebügelter Uniform voran.

Freilich, er hat sich sehr verändert. Königlich oder großherzoglich oder herzoglich ist er nicht mehr. Er ist furchtbar demokratisch, beinahe schon proletarisch, wenn man nur die ersten Sätze des Merkblattes liest, die verkünden, daß jedem Soldaten der Weg zum Offizier des Beurlaubtenstandes offen ist, und daß man zu diesem Aufstieg in das militärische Führertum den Abschluß einer höheren Bildungsanstalt nicht mehr braucht. Sogar der verunglückte Tertianer Adolf Hitler kann noch vom »Führer« und Reichskanzler bis zum Leutnant der Reserve avancieren. Aber unmöglich wird das den Soldaten aus den Arbeiter- und Angestelltenschichten werden, denn plötzlich liest man, daß die Bewerber für das Offizierskorps des Beurlaubtenstandes »geordnete wirtschaftliche Verhältnisse« nachweisen müssen. Wie soll das nun ein Erwerbloser, ein Kurzarbeiter, ein kleiner Angestellter, ein Mann, der jeden Tag sein kleines Einkommen verlieren und mittellos auf der Straße stehen kann? Hier ist, ganz abgesehen von der politischen Zuverlässigkeit und den sonstigen willkürlichen Qualifikationen das probate Mittel, mit dem sich die Offizierskorps, die, wie einst, die Wahl der Reservekameraden vorzunehmen haben, unwillkommene Leute vom Halbe halten können. Auch in Zukunft bleiben die Offizierskasinos einer bevorzugten Kaste reserviert. Mit dem Leutnant der Reserve ist der ganze alte preußische Militarismus auferstanden, vergrößert und verbößert durch die korrupte Nazibonokratie.

## Grenzen des Antisemitismus

Streichers »Stürmer« ist von der Gestapo beschlagnahmt worden. Warum? Weil er Schweinereien veröffentlicht und darum doch wohl nicht mehr als Lektüre für Mädchen-schulen geeignet ist? Nein, das Schicksal hat ihn einmal ereilt, weil seine Rassenforschung den feudalen Union-Rennklub ein wenig in Untersuchung genommen hat. Im aktiven Offizierskorps aber und auf den Rennplätzen, wo die Bismarcksche Idealpaarung zwischen dem arischen Hengst und der jüdischen Stute nicht gerade selten verwirklicht worden ist, hört die Streichersche arische Blutprobe auf und höchstens die jüdische Wassermannsche darf angewendet werden. Die ganze verspießerte Beschränktheit und gemeine Heuchelei des Streicher-Hitlerischen Radauantisemitismus tritt einem da entgegen. Erlaubt ist, daß jeder kleine jüdische Hausierer im »Stürmer« in hunderttausend Auflage als menschlicher Auswurf dargestellt wird, erlaubt ist, daß jedes arische Mädchen als Rassenschänderin am Pranger des »Stürmers« gestellt werden darf, erlaubt ist, daß die jüdische Religion als ein Gemisch von Begaunerung und Christenmord dargelegt wird. Nie gibt es da auch nur eine behördliche Rüge oder gar ein Verbot. Aber wo die Sphäre der Herrenreiter beginnt, wird die Gestapo lebendig. Auch im Antisemitismus offenbart sich der »Volksstaat«.

## Die bösen Radfahrer

In den Straßen der deutschen Großstädte sieht man jetzt alle Tage überfüllte Trambahnen. Die Leute sind zusammengepreßt, wie früher nur an schönen Ausflugsstagen. Also hat sich im Zuge des allgemeinen Aufschwungs, über den uns die deutsche Presse

berichtet, auch der Verkehr gewaltig gehoben? Mit nichten! Warten wir auf den nächsten Wagen der Straßenbahn, so zeigt sich bei der Geduldsprobe, daß die Wagenführung viel seltener geworden und so manche Linie ganz ausgefallen ist. Da ist beispielsweise die Reichshauptstadt Berlin. Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft berichtet jetzt, daß ihre Höchstleistung im Jahre 1929 lag: 1928,5 Millionen Barfahrten, also zahlende Fahrgäste. Das war in der Blüte marxistischer Mißwirtschaft, deren Korruption alles ruiniert hat, bis der Retter kam und die Hebel und Bremsen der Straßenbahnwagen vor dem bolschewistischen Abgrund zurückriß. Leider ging es mit dem Berliner Verkehr trotz dem nationalen Aufschwung bergab. Im Jahre 1933 gab es nur noch 1162 Millionen Barfahrten. Die ausgefallenen 800 Millionen ertüchtigten sich durch Fußmärsche auf dem Pflaster Berlins. Auf die Einwohner berechnet, wird das Bild nicht anders. Im Jahre 1931 kamen auf den Berliner noch 328 Fahrten, im Jahre 1932 noch 285 und im Jahre 1933 nur noch 274. Die Verkehrsgesellschaft hat auch die Ursache dieser Erscheinung entdeckt. Ausnahmsweise sind nicht die Marxisten Schuld, sondern die Radfahrer. Wie soll das nun erst werden, wenn nächsten jeder Erwerblose mit seinem »Volkswagen« spazieren fährt?

## Dennod!

England feiert das Jubiläum seines Königs. Das ist zunächst eine britische Angelegenheit, aber es ist nun einmal für den Deutschen des Jahres 1935 schwer, keinen Vergleich zwischen der englischen Monarchie und der deutschen Republik zu ziehen, wobei man zu der seit Bebel in der deutschen Sozialdemokratie nicht selten gewordenen Erkenntnis von neuem kommt, daß die Staatsform sehr viel weniger wichtig ist als der Staatsinhalt. Dieser King Georg verdankt vielleicht einen Teil des elementaren Gefühlsausbruchs der Engländer aller Parteien dem Anblick, den die Präsidenten einiger mittel- und osteuropäischer Republiken seit Jahren bieten. Ein demokratischer König und oligarchische Parvenu-Demagogen erteilen historisch-politischen Unterricht.

Wir deutschen Republikaner, die wir es bleiben, sehen mit einigem Neid von unserem Lande mit den regierenden auf die englische politische Kultur: Politiker, die auch noch den Menschen und sein redliches Streben im Gegner achten, ein Parlament, das in seiner feierlichen Huldigung vor dem Staatsoberhaupt symbolisch in bunter Reihe von Regierungsparteien und Oppositionellen aufzieht, ein Staatsoberhaupt, das nicht in Kasernenhofhöfen brüllt, sondern spricht wie ein gewöhnlicher Zivilist, eine Regierung und eine Volksvertretung, die in bürgerlichem Gewande statt in Uniformen sich zusammenfinden.

Das alles ist noch möglich, knappe drei Luftstunden von Berlin! Warum sollte man die Hoffnung verlieren? Sollten nur die Briten zu zivilisierten politischen Methoden fähig sein? Wir geben den Glauben nicht auf: auch die Deutschen werden es lernen und werden einmal auf höherer Stufe vollenden, was ihre erste Republik redlich anstrebte, aber nicht erreichte, weil sie, um ein Wort dem Demokraten Gottfried Keller zu variieren, zu ihren Hütern zwar das Gewissen bestellte aber nicht auch die Kraft. Hannes Wink.

## Wo sitzen die Schuldigen?

Nachdem in München von einer großen Horde lärmender brauner Gesellen die Fensterscheiben vieler jüdischer Geschäfte eingeschlagen, die Inhaber bedroht und endlich zur Schließung ihrer Läden veranlaßt worden waren, hat man bekanntlich den »verbrecherischen Elementen«, die bei den Ausschreitungen als Rädelführer mitwirkten, den Prozeß gemacht. Sie seien, so hieß es Schädlinge, Störer der öffentlichen Ruhe, Landfriedensbrecher — und was der Kosenamen mehr sind.

Herr Streicher aber sitzt weiter seelenruhig an seinem Pulte, ihn hat keiner verhaftet, ihm hat keiner auch nur den leisesten Vorwurf gemacht — und sein »Stürmer« darf weiter in einer Art und Weise gegen die Juden hetzen, die zu Pogrommen, Ueberfällen, Morden nicht nur anreizt, sondern geradezu auffordert. Leute, die diesen Stürmer lesen und seinen Greuelmärchen Glauben schenken, müssen sich ja bewegen fühlen, loszuschlagen, müssen ja die Fensterscheiben jüdischer Mitbürger als Schießscheiben betrachten, müssen ja das Weiterbestehen jüdischer Geschäfte als Provokation empfinden.

München ist nur ein Fall von vielen!

# Der Geldmarkt und die Inflationsdeckung

## Wege der deutschen Finanzwirtschaft

Die Wege der deutschen Finanzwirtschaft werden immer verschlungener. Von der angekündigten Exportabgabe der Industrie von annähernd 750 Mill. Rm. — ursprünglich sollte es 1 Milliarde sein — hört man offiziell noch immer nichts, obwohl schon Anfang Mai gemeldet wurde, daß eine grundsätzliche Einigung erzielt worden sei und daß das verstärkte Dumpingverfahren Ende Mai in Gang gesetzt werden solle. Den exportierenden Unternehmungen soll aus den aus der Abgabe gespeisten Ausgleichskassen ein Zuschuß in der vollen Höhe des Verlustes gewährt werden, der aus der Differenz zwischen den niedrigen Auslandspreisen und den hohen Inlandspreisen erwächst. Der »Economist« spricht jetzt die Vermutung aus, daß die Abgabe nicht nur Exportzwecken dienen soll, sondern auch für Rüstungszwecke bestimmt ist. (Das ist indirekt auf alle Fälle so, da die Exportsteigerung ja die Devisen zur Ermöglichung der Einfuhr der Rüstungsrohstoffe liefern soll). Das angesehene und in seiner Kritik Deutschland gegenüber sehr zurückhaltende Fachblatt schreibt, daß führende Mitglieder der Wirtschaftsorganisationen mitteilen, daß »bedeutende Summen für spezielle Rüstungsfonds in letzter Zeit gezeichnet« werden. »Bestimmte Summen wurden den einzelnen Organisationen vorgeschrieben und auf die Mitglieder umgelegt, denen gesagt wurde, daß ihre Zahlungsbereitschaft als Beweis ihrer guten Gesinnung, ihrer politischen Zuverlässigkeit und ihres patriotischen Eifers angesehen würde.« Diese Abgaben, führt der »Economist« fort, »beruhen ebenso wie die jüngsten Anleihen der Sparkassen und Versicherungsinstitute, in Wirklichkeit auf Zwang. Es gibt in Deutschland für den einzelnen Staatsbürger keine Sicherheit mehr, daß seine finanzielle Belastung in irgend einer Beziehung zu seiner Leistungsfähigkeit steht, noch eine Garantie dafür, daß er rechtzeitig erfährt, wieviel und in welcher Zeit er Zahlungen leisten müssen.« Das Budget, die wirkliche Höhe der schwebenden Schulden, Umfang und Finanzierung der Rüstungsausgaben bilden ein undurchdringliches Geheimnis . . . .

In der Tat haben ja weder der Reichsfinanzminister noch Hitler in ihren Reden ein Wort über die Höhe des Militärbudgets gesagt. Und es muß sich dabei um gewaltige Summen, um viele Milliarden handeln. Mit der allgemeinen Wehrpflicht wird verbunden der allgemeine einjährige Arbeitsdienst. Er wird ausdrücklich als militärische Vorbereitung bezeichnet. Das bedeutet also in Wirklichkeit die zweijährige Dienstzeit. Das ordentliche Militärbudget, das für die 100.000 Mann Reichswehr bisher ¼ Milliarden betrug, wird mindestens auf 2—3 Milliarden anwachsen. Dazu aber kommen für die nächsten Jahre die außerordentlichen Ausgaben für die Schaffung des Materials, für Munition, schwere Artillerie, Tanks, Flugzeuge, Kriegsschiffe, Befestigungen, die bei dem heutigen Stand der Kriegstechnik, Jahr für Jahr eine große Anzahl Milliarden ausmachen werden, Milliarden, für die keine Deckung vorhanden ist. Also muß der Notenbankkredit noch stärker angespannt werden und Schacht hat dazu einen neuen Weg eröffnet.

In Deutschland herrscht eine merkwürdige Geldflüssigkeit. Während sonst bei guter Konjunktur — und in Deutschland ist dies nach der offiziellen Darstellung der Fall — die während der Krise brachliegenden Kapitalien zur Anlage kommen, die Zinssätze leicht anziehen, die Bankausleihungen zunehmen und die Guthaben sich vermindern, ist in Deutschland augenblicklich das gerade Gegenteil eingetreten. Die Zinssätze sinken schnell, der Satz für Wechsel ist rasch und stark zurückgegangen und die Banken können ihre flüssigen Gelder zeitweise kaum anlegen.

Wie erklärt sich das? Der Grund liegt in der inflationistischen Finanzierung der Arbeitsbeschaffung, d. h. der Rüstungsausgaben durch den Notenbankkredit. Die Wechsel, mit denen die

Rüstungslieferungen usw. bezahlt werden, sind zu einem Teil bei den öffentlichen Banken, Sparkassen, Versicherungsinstituten geblieben, zu einem Teil aber der Reichsbank zugeflossen, die für diese Beträge bis jetzt in einem Umfang von rund 3 Milliarden Rm. den Besitzern der Wechsel Noten oder Guthaben auf ihrem Girokonto zur Verfügung gestellt hat. Diese Mittel schlugen sich bald wieder in Form von Spareinlagen und Geschäftsguthaben bei den Kreditinstituten nieder oder wurden zur Rückzahlung früherer Schulden verwandt, wodurch die Flüssigkeit bei den Banken gleichfalls vermehrt wurde.

## Der Weg der zusätzlichen Geldmenge

Zweierlei ist dabei wichtig. Einmal, daß die durch die Ausweitung des Notenbankkredits entstandene zusätzliche Geldmenge nicht in der Zirkulation bleibt, also nicht Nachfrage nach Waren ausübt und so unmittelbar zur Preissteigerung führt, sondern als Depositen in den Banken erscheint, die eigentliche Geldfunktion — den Warenkauf — also nicht ausübt. Die Vermehrung der Depositen, d. h. die Zunahme des unbeschäftigten Geldes wirkt so der inflationistischen Wirkung der durch die Reichsbank erfolgten Geldvermehrung entgegen und erklärt, warum die latente Inflation längere Zeit vor sich gehen kann, ohne in offene umzuschlagen. Zweitens beweist das Anwachsen der Depositen — die zunehmende Geldflüssigkeit — daß es sich im Wesentlichen in Deutschland um eine Staatskonjunktur handelt, die aus dem Notenbankkredit gespeist wird, während eine privatwirtschaftliche Konjunktur, die die brachliegenden Kapitalien in immer stärkerem Maß aufsaugen müßte, nicht existiert.

Die Banken sind nun bei der Anlage dieser immer mehr wachsenden flüssigen Gelder in steigender Verlegenheit. Echte Wechsel sind seit langem knapp und mit Staatspapier aller Art sind sie vollgestopft. Die Einleger aber wollen auf alle Fälle ihr Geld lieber in flüssiger, jederzeit abrufbarer Form behalten als es etwa in Staatsanleihen oder Renten anlegen, zu denen sie kein Vertrauen haben. Deswegen muß auch das Reich auf die öffentliche Begebung einer langfristigen Anleihe verzichten und war gezwungen, zu den Zwangsanleihen bei den Sparkassen und Versicherungsinstituten seine Zuflucht zu nehmen.

Aber der Druck dieser unbeschäftigten Gelder muß sich, je länger, je mehr geltend machen. Da man zur Wahrung und damit zur Anlage in Renten immer weniger Vertrauen hat, so bleibt nur die Anlage in Aktien und in den wenigen Valutapapieren übrig, die in Deutschland noch gehandelt werden können. In der Tat hat die Aktienspekulation in Berlin in letzter Zeit zugenommen und die Kurse sind ohne Rücksicht auf die Rentabilität gestiegen. Dasselbe Erscheinung zeigt sich auch auf den Warenmärkten, zunächst in der Form, daß die Besitzer mit dem Verkauf zurückhalten.

Diese beginnende Sachwerthausse, die das steigende Mißtrauen in die Wahrung verrät, ist aber ein gefährliches Symptom. Verbreitert sich die Bewegung, wird die Aktienhausse und die Warenzurückhaltung erst von breiten Volkskreisen in ihr Bewußtsein aufgenommen, werden Sparkaseneinlagen abgehoben, um »Sachwerte« zu kaufen, so ist die Verallgemeinerung und Beschleunigung der Preissteigerung nicht mehr zu verhindern und die latente Inflation muß in die offene umschlagen.

## Neue 100.000-Mark-Noten

Deshalb ist Schacht auf einen neuen Trick verfallen. Die Reichsbank hat ein Tochterinstitut, die Golddiskontbank, deren Gold heute allerdings nur noch in Namen vorhanden ist. Das gesamte Aktienkapital der Golddiskontbank ist im Besitz der Reichsbank. Die Golddiskontbank gibt jetzt Solawechsel aus, die den Banken zum Privatdiskontsatz von augenblicklich 2<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Prozent zur Verfügung gestellt werden. Die Abschnitte werden in Beträgen von 50.000, 100.000 Rm.

und darüber ausgegeben. Diese »Wechsel« können jederzeit bei der Reichsbank diskontiert werden. Mit anderen Worten, der ganze Vorgang läuft auf nichts anderes hinaus, als daß die Reichsbank eine Art großer und verzinslicher Noten ausgibt. Die Banken sind jetzt der Sorge um die sichere, jederzeit liquide und rentable Anlage ihrer flüssigen Gelder enthoben, die gefährliche Flüssigkeit des Geldmarkts kann so auf einfachste Weise eingeschränkt werden.

Ist der Gedanke verflucht gescheit oder herzlich dumm zu nennen? Er wäre klug, wenn Schacht die Gelder, die er auf diese Weise abschöpft, dem Markt dauernd entziehen würde. Aber es ist nur fauler Zauber. Die Golddiskontbank hat einige hundert Millionen ihrer Wechsel bei den Banken begeben und mit dem Erlös der Reichsbank »Arbeitsbeschaffungswechsel« abgenommen. Das erscheint als »Entlastung« der Reichsbank, als Verminderung ihrer Inanspruchnahme, als Ein-

## Ausfuhrgeschäft zu Lasten der Gläubiger

### Streng vertrauliches Merkblatt der Industrie- und Handelskammer Dresden

Die ernstesten Schwierigkeiten erwachsen Deutschlands Wirtschaft noch immer aus dem Rohstoffproblem. Ihre Ueberwindung ist nur möglich, wenn es gelingt, die Ausfuhr erheblich zu steigern und entgegen gegen Exportwaren direkt oder gegen die dafür hereinkommenden Devisen Rohstoffe zu beziehen. Aber eben diese notwendige Ausfuhrsteigerung war trotz aller Anstrengungen bisher nicht zu erreichen.

Einem uns von besonderer Seite zugegangenen Merkblatt über das neue Zusatzausfuhrverfahren, das von der Industrie- und Handelskammer Dresden herausgegeben ist und die Bezeichnung »Streng vertraulich« trägt, ist zu entnehmen, daß Deutschland zu Lasten seiner ausländischen Gläubiger ein richtiges Ausfuhrdumping organisiert hat:

In dem Merkblatt heißt es unter »Allgemeines«:

»Das Zusatzverfahren (Scrips- und Bondsverfahren) gibt dem deutschen Ausfuhrer die Möglichkeit, auch dann noch Ausfuhrgeschäfte vorzunehmen, wenn die ausländischen Wettbewerber unter seinen eigenen Gestehungskosten liegen... Es wird ihm hierbei ein Verlustausgleich zugebilligt, der im Höchstfalle die Selbstkosten deckt, nicht aber einen Gewinn beläßt... Das Verfahren kann nur für Ausfuhrgeschäfte im Betrage von Rm. von 100.— an aufwärts in Anspruch genommen werden. Die hierzu erforderlichen Mittel werden den Kursgewinnen entnommen, die die Golddiskontbank beim Verkauf von Scrips erzielt.«

Es wird dann das Verfahren erklärt, mit dessen Hilfe die Ausfuhr trotz des Dumpings für den Exporteur zu einem lohnenden Geschäft wird:

»Die Devisenbewirtschaftungsstelle genehmigt im gegebenen Falle einen Verlustausgleich, der je nach dem Bedarfsfalle etwa 10 bis 20 Prozent des Verkaufserlöses beträgt und stellt dem deutschen Ausfuhrer einen Genehmigungsbescheid aus. Mit diesem begibt er sich zu einer beliebigen Reichsbankstelle, um einen Antrag zum Ausgleich des von der Devisenbewirtschaftungsstelle anerkannten Verlustes zu stellen. Daß dieser Ausgleich eines Verlustes durch die Umwandlung unterwertiger Forderungen von Auslandsgläubigern durch eine banktechnische Transaktion zwischen der Konversionskasse und der Deutschen Golddiskontbank, bezw. der Reichsbank zustande kommt, ist für den Ausfuhrer ohne Belang. Die Golddiskontbank ist die ausschließliche Zentralstelle für den Ankauf von Scrips. Die deutsche Ausfuhrfirma nimmt diese also nicht etwa unmittelbar in Zahlung. Sie erhält vielmehr den von der Devisenstelle als ausgleichsfähig anerkannten Verlust von der Reichsbank aus dem entstandenen Kursgewinn bei der für sie vorgenommenen Verwertung von Scrips erstattet. Sie muß die aus dem Geschäft anfallenden Devisen der Reichsbank in voller Höhe anbieten, die hiervon den Teilbetrag entnimmt, der für den Ankauf von Scrips durch die Golddiskontbank erforderlich ist.

Voraussetzung für die Freigabe von Scrips ist, daß die Währung, in welcher der Verkaufserlös erzielt wird, in die zum Erwerb der Scrips erforderliche Währung umwandelbar (konvertierbar) ist. Freie Reichsmark werden den konvertierbaren Devisen gleichgesetzt. Die Annahme von Reichsmarkbanknoten, Scheidemünzen oder

Schränkung des Notenbankkredits. In Wirklichkeit ist es nur ein Buchungsvorgang. Die schlechten Finanzwechsel sind aus der einen Tasche der Reichsbank in die andere, die Golddiskontbank genannt wird, gewandert und die ganze Entlastung ist bloßer Schein.

Aber das ist zudem nur der erste Akt. Was wird die Reichsbank mit den abgeschöpften Geldern weiter machen? Vor ihr stehen zunächst zwei Aufgaben. Will sie wirklich — und sie ist durch die Rohstoffknappheit dazu gezwungen, das Export-Dumping ab 1. Juni in Gang setzen, so muß sie die erst allmählich einfließende Exportabgabe der Industrie vorfinanzieren, d. h. sie muß die Exportprämien mit ihrem Notenkredit bezahlen. Zweitens muß sie nach wie vor zur Finanzierung der Rüstungen den Notenkredit ausdehnen. Die Gelder, die sie so im ersten Akt abschöpft, kehren im zweiten Akt — und noch dazu um Milliarden vermehrt — zurück, steigern aufs Neue die Geldflüssigkeit und den Druck der brachliegenden Geldmassen die Anlage in Aktien oder Waren suchen. Aus diesem Zirkel gibts kein Entrinnen und die Inflationseister, die er gerufen, wird der Zauberlehrling Schacht nicht mehr los.

Dr. Richard Kern.

Spermark in Verbindung mit Zusatzausfuhrgeschäften ist unzulässig...«

Es wird demnach für das sogenannte Zusatzausfuhrgeschäft nicht einmal deutsches Geld, wie Banknoten und Scheidemünzen, in Zahlung genommen, sondern nur gute Devisen, mit denen allein die Scrips erworben werden können. Dieses Verfahren ist fein ausgeklügelt: erstens wird durch das Dumping der ausländische Exporteur im Preise unterboten, zweitens werden mit dem vom Ausland gelieferten Devisen und den dadurch ermöglichten Kauf von Scrips die ausländischen Gläubiger endgültig um einen Teil ihrer Forderungen an Deutschland gebracht und drittens verbleiben nach dem Ankauf der Scrips noch Devisen zum Ankauf von Rohstoffen zur Verfügung.

Dem Ausland gegenüber soll das Verfahren geheim bleiben. In dem Merkblatt heißt es:

»Durchaus unzulässig ist es ferner, ausländische Abnehmer auf die durch das Verfahren erzielbaren Preisverbilligungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen. Das Verfahren darf vielmehr nur zum Aushandeln des Preises bei Preisdruck des ausländischen Käufers verwendet werden. Auch wenn das neue Verfahren das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen braucht, muß doch alles vermieden werden, was im Ausland übertriebene Vorstellungen von Art und Umfang der deutschen Ausfuhrförderung erweckt und zu Mißdeutungen des Verfahrens führen könnte.

Wir verpflichten Sie daher zu streng vertraulicher Behandlung dieses Merkblattes, das keinesfalls irgendwie veröffentlicht oder auch nur weitergegeben werden darf.«

Das Merkblatt trägt den Stempel der Industrie- und Handelskammer Dresden und unterzeichnet: Herrme.

Ob diese skrupellosen Methoden, deren Anwendung von den obersten faschistischen Wirtschaftsbehörden organisiert und angewiesen wird, den gewünschten Erfolg haben werden?

## Die nationale Konkurrenz

Wie englische Blätter mitteilen, erregte Hugenberg bei der Reichstagsrede Hitlers »unliebsames Aufsehen bei den Nazi-Abgeordneten«. Er saß demonstrativ mit verschränkten Armen da und klatschte als einziger von allen Abgeordneten kein einziges Mal Beifall. Die Hitlerabgeordneten quittierten diese Haltung Hugenbergs mit Zwischenrufen.

## Alkohol

Dr. Leys Blick ist besinnlich, manchmal fast entrückt... Und wenn er versonnen ist, verschwimmen seine Augen ins Weite... (Aus einer deutschen Familienzeitschrift.)

Alles freiwillig. Die »Preußische Zeitung«, Königsberg, meint es wenigstens in einem Punkte ehrlich: sie führt seit einiger Zeit den braunen Versammlungskalender unter der Rubrik: »Befehlsausgabe«. Das ist nicht mißzuverstehen. Wehe dem, der eine Versammlung schwänzt! Im übrigen ist der Besuch freiwillig.

# Rassenwahn und Rassenkunde

Nichts ist im »Dritten Reich« einfacher als die Bestimmung schlechter oder guter Rasse. Ludwig Frank etwa, körperlich und seelisch geradegewachsen, der 1914 als Kriegsfreiwilliger hinausging und in einem der ersten Gefechte fiel, ist »rassisch« ein Untermensch, weil Nichtarier und Marxist. Göbbels dagegen gehört lediglich auf Grund seines Mitgliedsbuchs der hochgewachsenen, langschädigen, blonden und blauäugigen Herrenrasse an, und wer erinnert sich nicht der Charakteristik, die einst der Münchner Rassenforscher Professor von Gruber gab. So leicht scheint es demnach doch nicht zu sein und in dem Sammelwerk, das der Prager Universitätsprofessor Dr. Karel Weigner unter dem Titel »Die Gleichwertigkeit der europäischen Rassen und die Wege zu ihrer Vervollkommnung« im Verlag der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Prag hat erscheinen lassen, betont einer der wirklich sachverständigen Mitarbeiter, Professor J. Matiegka, daß die Lösung der Rassenfrage durch die Entdeckungen und Funde der letzten dreißig Jahre — ungemein erleichtert worden sei? Im Gegenteil! Sehr kompliziert und schwierig geworden sei! Je weniger sich der Rassenwahn an Tatsachen hält, desto einfacher erscheint alles; je mehr die ernste Rassenkunde auf Tatsachen fußt, desto verwickelter wird alles.

In der Tat kennt von den Gelehrten und Halb- oder Viertelsgelehrten, die auf diesem Felde ackern, Topinard in unserem Erdteil drei Rassen und nicht mehr, die angelsächsische, die kelto-slavische und die mittelländische, wohingegen Bory de St. Vincent auf vier Rassen, der kaukasischen, der pelagischen, der keltischen und der germanischen, besteht. Mit ihm stimmen in der Zahl andere überein, aber sie sprechen von der nordischen, der alpinen, der mittelländischen und der dinarischen Rasse. Dafür zerfällt für Deniker — billiger gibt er's nicht — die Bevölkerung Europas in sechs Rassen, die nordische, die ostische, die ibero-insulare, die okzidentale, die littorale, die adriatische. Eickstedt wiederum versteift sich auf fünf Rassen, eine osteuropide, eine dinarische, eine alpine, eine mittelländische und eine nordische, die für ihren Teil in einen teutonordischen, einen dalonordischen und einen fennonordischen Typus auseinanderklappt. An welchen dieser einander widersprechenden Propheten soll man sich nun halten? Vollends wird den gewissenhaften Leser die Frage nicht schlafen lassen, ob die Lappländer einen lapponoiden Urtypus bilden oder finnisierte Arktiker oder gar tatsächliche Europiden sind. Und leitet sich die von Paudler konstruierte dalische Rasse wirklich von der allerdings depigmentierten diluvianischen Cro-Magnon-Rasse ab? Und wie — zum Kuckuck! — steht es mit den Armenoiden und wie mit den geheimnisvollen Prä-Hamito-Semiten?

Jenes anmaßende Alphabetentum, wie es sich in »Mein Kampf« breitmacht, gehört angesichts dieses Kuddelmuddels schon dazu, um den Rasse-Aposteln vom Schlag eines Gobineau, H. St. Chamberlain und Woltmann nachzuplappern, daß »alles, was wir auf dieser Erde bewundern, — Wissenschaft und Kunst, Technik und Erfindungen — nur das schöpferische Produkt weniger Völker, vielleicht ursprünglich einer Rasse« ist, nämlich der arischen. Nur schade, daß auf dem Internationalen Anthropologen-Kongreß zu Amsterdam vor acht Jahren nachgewiesen wurde, daß die Urarier von kleiner Gestalt, dunkler Hautfarbe, kurzem Schädel mit breitem Gesicht und breiter Nase waren. Darüber hinaus tut das tschechische Werk, zu dessen Mitarbeitern auch die Professoren Maly, Pelc, Brožek und Ruzicka gehören, unabwiesbar dar, daß zwischen den europäischen Rassen, soweit von Rassen die Rede sein kann, durchaus physische, moralische und intellektuelle Gleichwertigkeit besteht. Zwei Beispiele zeigen besonders deutlich, daß es bei der Kultur-entwicklung auf ganz andere Faktoren als auf »Rassisches« ankommt. Einmal verdankt Spanien eine Zeit hoher Blüte nicht etwa dem Einfall blonder Barbaren, sondern der Herrschaft der Araber, die aus-

gesprochene Nicht-Arier sind. Zum andern stehen die Berberstämme in Nordafrika, denen wegen ihres lichten Haarwuchses und ihrer hellen Augenfarbe gern eine »nordische Erbmasse« im Blut zugeschrieben wird, um kein Tittelchen auf einer höheren Kulturstufe als ihre andersrassige »minderwertige« Umgebung. Nichts lächer-

licher denn als die These, daß alles Große und Herrliche in der Welt von »Nordikern« — das Wort ist nach dem Muster von »Budiker« gebildet — herrühre; man half sich dabei mit einer mehr als halsbrecherischen Ethymologie der Familiennamen wie Bocaccio = Buchatz oder Leonardo de Vinci = Leonhard Winke, was freilich etwas

zweifelhafter ist als Hitler = Schücklgruber.

Mit jenem Wahn, der vor Bäumen den Wald und vor Rassen den Menschen nicht sieht, geht auch ein Vortrag von Alexandre Hérenger unbarmherzig ins Gericht, der unter dem Titel »Le Mythe Racist« (Der Rassenmythus) im Verlag der Revue Juive in Genf erscheint. Hérenger, einer alten christlich-französischen Familie entstammend, zeigt, wie an der Wurzel »der ebenso blöden wie verhängnisvollen Doktrin« von der Höherwertigkeit der »Nordiker« ein ausgewachsener Minderwertigkeitskomplex sitzt. Erfrischend fertigt er den Rassenwahn ab:

»Vergeblich haben die Anthropologen Blut geschwitzt, um die Brachykephalen, die Dolichocephalen, die Mesocephalen mit ihren vergnüglichen Abarten zu erfinden, die Mesokonchoiden, die Proophryokephalen, die Hypalstobregmatiker und hundert noch harmonischere Begriffe, umsonst haben sie Index, Winkel, Schädel-, Kiefer-, Ohr- und Nasenmaße gehäuft, Haar- und Hautfarbe mit der Lupe erforscht — schließlich mußten sie doch eingestehen, daß es überall Große und Kleine, Braune und Blonde, Rundköpfe und Langköpfe und Adler- und Stumpfnasen gibt.«

Auch will er nichts von einer jüdischen Rasse, nicht einmal von einem jüdischen Typus etwas wissen. Stellt das Werk der tschechoslowakischen Forscher fest: »Kulturell haben sich die Juden bis auf die Grenzen, die ihnen durch ihre Religion gezogen sind, vollkommen der Umgebung angepaßt, in der sie leben, und haben in bedeutendem Maße zum Kulturfortschritt ihrer Wirtsvölker beigetragen«, so unterstreicht Hérenger auch ihre physische Anpassung an ihre Umgebung; in der Türkei sind nur 3 Prozent der Juden blond, in Riga 36 Prozent!

An die stumpfsinnige Forderung nationalsozialistischer Akademiker erinnernd, daß deutschen literarischen Werken, die von Juden herrühren, der Stempel aufgedrückt werde: Aus dem Hebräischen übersetzt, wirft Hérenger die Frage auf: Sind auch folgende Verse Heinrich Heines aus dem Hebräischen übersetzt?

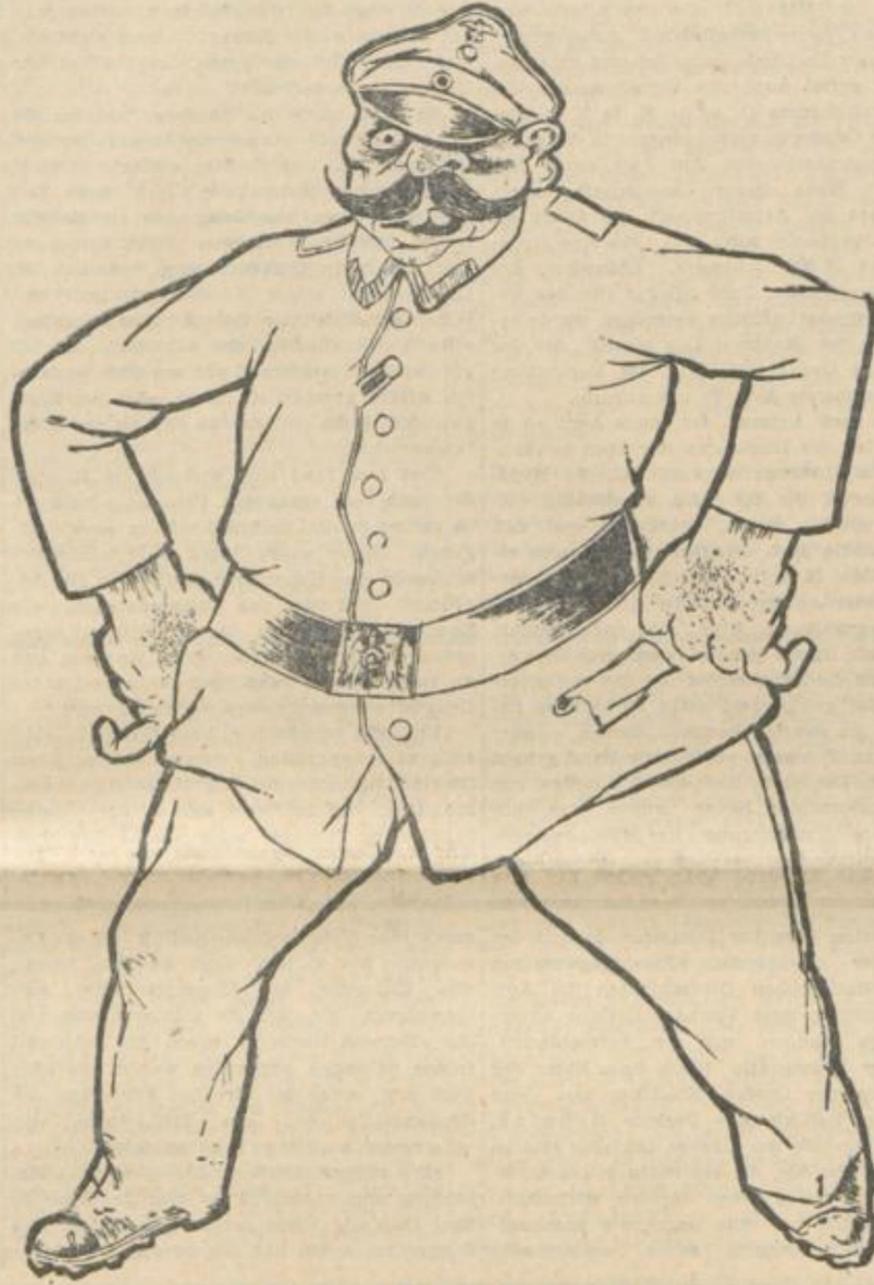
O Deutschland, meiner ferne Liebe,  
Gedenk ich deiner, wein ich fast! ...  
Mir ist, als hört ich fern erklingen  
Nachtwächterhörner, sanft und traut;  
Nachtwächterlieder hör ich singen,  
Dazwischen Nachtigallenlaut.

»Heute würde er«, fügt Hérenger hinzu, »die Hörner der SA hören, die auf der Straße eine Treibjagd auf seine Glaubensgenossen abhalten.«

Aber das rührt lediglich daher, daß jetzt eine »höhere Rasse« von Herrenmenschen in Deutschland herrscht, die Nordiker, die Budiker des Nordens.

Galatus.

## Es ist erreicht!



Der Himmelstoß ist wieder da

## Wie eine Republik zugrunde ging

Ein Geschichtswerk über die Weimarer Republik

Der Autor des bekannten Werkes »Die Entstehung der Deutschen Republik«, Professor Arthur Rosenberg, der jetzt seine akademische Lehrtätigkeit an der Universität Liverpool ausübt, hat in der Verlagsanstalt »Graphis«, Karlsbad, ein neues Werk »Geschichte der Deutschen Republik« (259 Seiten, Preis 46 Kč) erscheinen lassen, das die politische Entwicklung Deutschlands von 1918 bis 1930 schildert. Es füllt damit eine empfindliche Lücke in der sozialistischen Geschichtsliteratur aus, denn außer einigen wertvollen Monographien gab es hier bisher keine zusammenfassende Darstellung der Revolutionsperiode und der Weimarer Republik.

Bei der Beurteilung der revolutionären Strömungen und der Vorgänge in der Arbeiterbewegung tritt der subjektive Standpunkt des Verfassers stärker hervor, als es sich mit den Erfordernissen einer objektiven Geschichtsschreibung verträgt. Das Werk wird deshalb in diesen Teilen nicht ohne Kritik in der sozialistischen Literatur bleiben, was andererseits für die Selbstkritik und die Herausarbeitung objektiver geschichtlicher Wertungen nur förderlich sein wird. Abgesehen hiervon gibt das Buch eine im allgemeinen

gut fundierte Darstellung der Geschichte von 1918 bis 1930, in der die wichtigsten Faktoren der inneren und äußeren Politik, der wirtschaftlichen und der parteipolitischen Entwicklung in gleicher Weise berücksichtigt sind.

Mit Recht führt Rosenberg den Untergang der deutschen Republik auf die Versäumnisse, Mängel und Halbheiten der Novemberrevolution von 1918 zurück, die, aus dem militärischen Zusammenbruch geboren, in ihren ersten Anläufen steckenblieb und sich unfähig erwies, die revolutionäre Entwicklung in die Bahn einer radikalen politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung zu lenken. In diesem Zusammenhang übt Rosenberg scharfe und zu einem großen Teil wohl berechtigte Kritik an der sozialistischen Arbeiterbewegung, die zwar in den Revolutionsmonaten und später bei der Abwehr des Kapp-Putsches gezeigt hat, daß sie für ihre Ideale einheitlich streiken und die Waffen führen konnte, die sich aber dennoch als Ganzes unfähig erwies, den politischen Neuaufbau Deutschlands zu verwirklichen.

Die Mißerfolge der Novemberrevolution, als Folge der tiefen Zerrissenheit im Lager der Arbeiterschaft, brachten es mit sich, daß

die Träger des preußisch-deutschen Militarismus, die geschlagenen Generäle, die Freikorpsführer und ihr Anhang im Lager des Bürgertums, sich nach wenigen Monaten wieder in den Besitz der wichtigsten Machtpositionen setzten und in Form der offiziellen und inoffiziellen Wehrorganisationen einen Staat im Staate bildeten, der in entscheidendem Maße die politische Entwicklung der Weimarer Republik bestimmte. An dieser Entwicklung trägt auch die kurzzeitige Politik der Siegerstaaten in Versailles ein gerüttelt Maß von Schuld. »Wenn man — schreibt Rosenberg — im Lager der Entente es als hauptsächlichstes Kriegsziel hingestellt hatte, den deutschen Militarismus zu vernichten, und damit der Demokratie auch in Deutschland den Weg zu bahnen, so hat die politische Praxis der Jahre 1919 bis 1923 wahrlich zu diesem Ziel nicht beigetragen... Vor allem die französische Politik hat noch 1919 einer jeden republikanischen und demokratischen Regierung in Deutschland das Leben unmöglich gemacht. Die Kräfte der deutschen Demokratie wurden in einem hoffnungslosen Kampf nach innen und nach außen aufgerieben und nachher wunderte man sich, daß in Deutschland die Gegenrevo-

lution und der alte »militaristische« Geist wieder stärker wurden.« (S. 120/121.)

Im Grunde genommen waren schon in den Jahren 1921/1923 alle Elemente der Gegenrevolution vorhanden. Die völkische Bewegung dieser Jahre enthielt schon alle Elemente des fanatischen Hasses gegen Sozialdemokratie, Zentrum, Judentum, Republik usw., die ein Jahrzehnt später im Nationalsozialismus zum Durchbruch gelangten. Studentenschaft, Freikorps, Reichswehroffiziere, bürgerliche Verbände bildeten die organisatorische Grundlage. Seeckt, Roßbach, Schleicher, Röhm, Hitler usw. traten schon damals in Aktion. Wenn dennoch die offene Gegenrevolution damals nicht zum Durchbruch gelangte, so nur infolge der Auswirkungen des Ruhrkampfes, der im Sommer und Herbst 1923 eine neue revolutionäre Situation schuf, die es dem bankrotten Bürgertum ratsam erscheinen ließ, nach innen wie nach außen hin eine Periode der Verständigung und der Stabilisierung einzuleiten, um den unabsehbaren Konsequenzen einer revolutionären Explosion zu entgehen. Die jetzt eingeleitete Stabilisierungspolitik wird gekennzeichnet durch den Namen Stresemanns, des einzigen bürgerlichen Politikers der Nachkriegszeit, der die Kraft und die Fähigkeit aufwies, in der innern wie in der äußern Politik jene Maßnahmen durchzuführen, die angesichts der internationalen wirtschaftlichen und politischen Situation geboten erschienen. Die Stabilisierung der Republik wurde innenpolitisch erkauft durch die Exekutionen gegen die sozialistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen; die Inflation wurde beseitigt mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes vom Dezember 1923, das eine schwere Bedrohung der Demokratie darstellte; die Verständigungspolitik mit den Westmächten wurde ermöglicht durch die Zustimmung zum Dawesplan, der Deutschland zwar schwere Lasten aufbürdete, aber dem deutschen Kapitalismus den Weg ebnete zu den amerikanischen Anleihenmärkten, die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau notwendig waren. Auf dieser Grundlage, gefördert durch die Prosperität in Amerika, vollzog sich denn auch der wirtschaftliche und politische Aufschwung in Deutschland, der in den Jahren 1924/1929 jene Scheinblüte zeitigte, die den Blick für den vorübergehenden Charakter dieses Aufschwungs verdunkelte.

Mit den ersten Anzeichen der Weltwirtschaftskrise ging es in Deutschland rapid bergab. Das Gedeihen Deutschlands hing von den Auslandsanleihen und überhaupt von dem Wohlwollen der fremden Kapitalisten ab. Die deutschen Kapitalisten hatten es jederzeit in der Hand, wenn sie einen Druck auf die Volksmassen ausüben wollten, die lebenspendende Dollarzufuhr abzuschneiden. Dieser Zeitpunkt kam im Winter 1929/1930, als es darum ging, die Regierung Hermann Müller zu beseitigen und den Weg für die Diktatur des Großkapitals zu ebnen. Der demokratische Mantel wurde abgelegt, jetzt bekannte sich das Großkapital, geführt von der Deutschen Volkspartei, zur Alleinherrschaft der Kapitalistenklasse.

Warum dieser Abscheu vor den demokratischen Formen? Weil in einem Lande mit

Um das Arbeitereigentum zu verwirren, das sie sich auf Räuberart aneigneten, haben die braunen Kassenknacker wahrlich keine tausend Jahre gebraucht. Zwar wird der Unfiat sorgsam zugedeckt, aber gelegentlich bricht sein Gestank durch die dicksten, best imprägnierten Mäntel christlicher Nächstenliebe, ja selbst durch die Drucksetzer der deutschen Fachpresse. In der »Deutschen Juristenzeitung« z. B. erscheint — bescheiden auf eine der letzten Seiten gequetscht und in kleinem Druck — ein Oberlandesgerichtsurteil, das das Lesens wirklich wert ist. Auch die Vorgeschichte wird erzählt, und ehe wir auf das Urteil selbst eingehen, übertragen wir diese Vorgeschichte aus dem Juristenjargon ins Deutsche:

Als im Mai 1933 die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbände aufgelöst und enteignet wurden, geriet auch das Vermögen des Gewerkschaftshauses G. m. b. H. in X. (leider wird der Ortsname verschwiegen) in die große Reinigungsmaschine. Auf dem somit entwendeten Haus dieser Gesellschaft, einem Haus, das der Arbeiterschaft des Ortes als Heimstätte diente, ruhte seit 1926 eine Hypothek von 12.000 Goldmark. Gläubiger: Ein Bankunternehmen. Zum Pfleger für das gesamte gewerkschaftliche Vermögen wurde bekauntlich der Staatsrat Ley bestellt, der das gestohlene Grundstück in X der Verwaltung des »Kaufmanns A in Y« anvertraute.

Kurz nach Anbruch der neuen Ära »A in Y« stellten die Direktoren der oben erwähnten Bank stürmisch fest, daß die Hypothekenzinsen, die bis dahin regelmäßig entrichtet worden waren, ausblieben und daß weder sanfte noch dringliche Mahnungen etwas halfen. Man tat das übliche, und beantragte beim Amtsgericht die Anordnung der Zwangsverwaltung über das Grundstück. Wenn sich irgend jemand, wenn sich Dr. Ley, wenn sich die Arbeitsfront um das ihr anvertraute Gut gekümmert hätte, so hätte es natürlich nie soweit kommen dürfen — aber Herr A in Y scheint völlig freie Hand gehabt zu haben. Die Sache kam also ins Rollen, von dem beurkundeten Notar wurde eine vollstreckbare Ausfertigung der Hypothekenbestellungsurkunde vorgelegt — gegen den

der sozialen Struktur Deutschlands und den ungeheuer zugesetzten Klassengegensätzen der kapitalistischen Oberschichten die Aufrechterhaltung ihrer Vormachtstellung unvereinbarlich erschien mit der Aufrechterhaltung der Demokratie. Nach dem Sturz der Regierung der Großen Koalition kam denn auch die unglückselige Periode Brüning, die die Vorstufe zur offenen Diktatur bildete. In dieser Periode, die einerseits gekennzeichnet wurde durch einen rapiden wirtschaftlichen Verfall und eine ungeheuer anschwellende Arbeitslosigkeit, sowie andererseits

# Das heckenlose Haus

## Der Staat stellt sich unter Zwangsaufsicht

Pfleger A »in seiner Eigenschaft als Pfleger und gegenwärtiger Besitzer«.

Das Amtsgericht wies den Antrag natürlich ab — so ein kleiner deutscher Amtsrichter kommt ja ohnehin aus dem Zittern nicht mehr heraus — und entschied, es sei zur Anordnung der Zwangsverwaltung »ein Titel gegen die Grundeigentümerin sowie ein Duldungstitel gegen Dr. Ley erforderlich«.

Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß eine »Eigentümerin« garnicht existierte. Seit die Gewerkschaftshaus-G. m. b. H. im Jahre 1927 das Grundstück erwarb, ist X »im Grundbuch eine Aenderung der Eigentumsverhältnisse nicht eingetragene«. Was der Führer vor nunmehr zwei Jahren »vernichtet«, lebt also in deutschen Grundbüchern weiter, man hat sich — in zwei Jahren! — noch nicht einmal die Mühe genommen, die primitive Klärung zu schaffen.

So hatte auch das Landesgericht, an die sich die Bank beschwerdeführend wandte, leichtes Spiel. Der Richter erklärte einfach, eine Zwangsvollstreckung sei zur Zeit »schlechterdings unzulässig, da ein Rechts-träger für das Vermögen nicht vorhanden sei«. (Nur ein Unrechtsträger, nämlich Dr. Ley mitsamt seiner Arbeitsfront, in Wahrheit eigentlich der braune Staat höchstselbst.) Die Richter des AG und des LG glaubten sich wiederum gut aus einer schlechten Affäre gezogen zu haben, aber die Bank gab nicht Ruhe und wandte sich an das Oberlandesgericht.

Und hier fand sich wirklich ein Richter, der noch dem veralteten Grundsatz huldigte, es müsse in der Rechtsprechung sauber zugehen. Dieser weiße Spatz erklärte die Beschwerde der Hypothekengläubigerin für begründet und wies das Amtsgericht an, »die Zwangsverwaltung in das Grundstück anzuordnen«, sodaß die Arbeitsfront sich von nun an rühmen darf, daß ein ihr anvertrautes Grundstück zwangsweise verwaltet wird.

Um die verwickelte Angelegenheit vollends zu komplizieren, wurde auch vor dem Oberlandesgericht die Eigentumsfrage angeschnitten, und da findet sich in der Urteilsbegründung folgende salomonische Entscheidung:

durch eine Notverordnungs politik, die die Demokratie auf kaltem Wege mordete, kamen alle Elemente der Gegenrevolution zum Durchbruch, die, wie die militaristische und die völkische Reaktion, schon ein Jahrzehnt früher potentiell vorhanden waren, die aber jetzt erst, unter der direkten Förderung des Großkapitals und des Junkertums, den »Marsch auf Berlin« antraten.

»Die bürgerliche Republik — schreibt Rosenberg zum Abschluß — war in Deutschland 1918 das Werk der Arbeiterklasse. Das Bürgertum selbst hat die werdende deutsche

»Eine Rechtsnachfolge in das Vermögen der Grundstückseigentümerin ist bisher nicht eingetreten. Die Grundstückseigentümerin (nämlich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund) ist noch im Handelsregister eingetragen. Hinsichtlich des Gesellschaftsvermögens, insbesondere des verhafteten Grundstückes, gilt sie sonach als fortbestehend.« Nachdem somit klipp und klar gesagt worden ist, daß eine seit zwei Jahren nicht mehr existierende juristische Person noch immer Eigentümerin eines Grundstückes ist, daß ihr vom Staat enteignet wurde (wer findet sich da noch herein?), bekommen die Verwirtschafter des deutschen Arbeitervermögens einen kräftigen richterlichen Fausthieb. Die beigebrachten Titel werden als ausreichend erklärt und es heißt weiter:

»Wie aus der Beschlagnahmeverfügung (aus dem Jahre 1933) selbst hervorgeht, sollte durch die Sicherstellung nur eine geordnete Verwendung des deutschen Arbeitervermögens erreicht werden. Zu einer geordneten Verwendung gehört aber auch die Deckung der Schulden und Zahlung der Schuldzinsen. Das Gegenteil würde zu einer ungerechtfertigten Bereicherung führen oder zu einer Aufhäufung der Schuldenlast.«

Die »Deutsche Juristenzeitung« bemerkt dazu, der Entscheidung sei zuzustimmen, »obwohl die Vermögensfragen gelegentlich auch eine andere Beurteilung erfahren haben«. — »Gelegentlich«, das heißt dann, wenn die Hypothekengläubiger nicht Bankunternehmen, sondern kleine Leute waren. Die hat man nämlich in gleichen Fällen zu hunderten und tausenden enteignet.

Jedenfalls ist durch die tapfere Entscheidung des Oberlandesgerichts eine groteske Lage geschaffen worden: der totale Staat übt nunmehr die Zwangsverwaltung über ein Grundstück aus, daß er selbst, als er es nur ordnungsgemäß, nicht zwangsweise zu verwalten hatte, auf den Hund gebracht hat. Eine Ohrfeige also ins eigene Gesicht. Können die korrupten und über die Maßen verwirrten Zustände im Dritten Reich besser beleuchtet werden? Bricht der Unfiat nicht durch alle Poren?

Republik entweder bekämpft oder nur lau unterstützt. 1930 ging die bürgerliche Republik in Deutschland zugrunde, weil ihr Schicksal den Händen des Bürgertums anvertraut war, und weil die Arbeiterschaft nicht mehr stark genug war, um die Republik zu retten. Die deutsche Arbeitnehmerschaft umfaßt zwar drei Viertel des Volkes, aber da sie sich weder in ihren politischen Idealen noch in ihren taktischen Methoden einigen konnte, und weil sich ihre Riesenkräfte im Kampfe untereinander verbrauchten, kam die Gegenrevolution wieder zur Macht.« A. S.

## Palmstroem halluziniert

Vom Schicksal verurteilt, in Deutschland zu wohnen.

Fieht Palmstroem in Trost — Halluzinationen.

Durch die in selbige Stimmung versetzt, Er alles sieht, wie es nicht ist jetzt.

Auf seinem Sofa in leichter Besebelung, Erachaut er, statt der geistigen Knebelung, Das lang entwöhnte, holde Idyll, Wo jeder sagt und liest, was er will.

Hat er den Zustand genügend genossen, Gleich wird ein neuer Kontakt geschlossen: Palmstroem sieht umzaubert sich ganz Von edler Gesittung, Kultur, Toleranz.

SA-Leute träumt er, die Goethe lesen, Kulturwarte selbst, die gebildete Wesen. Wie der Löwe im Garten Gottes beim Lamm, So lagert sich Streicher mit Juden zusamm'.

Zu diesem friedlichen Bilde fügen Sich Führer mit edlen, menschlichen Zügen. Zum niemals lügenden Göbbels gesellt Sich einer, der stets sein Ehrenwort hält.

Bei Göring, abgewandt jedem Prunke Steht Ley, der nicht ergeben dem Trunke. Ein Bonzenheer, das nicht als korrupt, Großmäulig, unfähig sich entpuppt.

Nur: nach dem Erwachen weilt Palmstroem immer

Für einige Zeit im geschlossenen Zimmer, Weil sonst ihm draußen es leicht passiert, Daß rings er — Halunken halluziniert!

Christian Abendstern.

## Freibier

Von Max Baldauf.

Der Name des Bräutigams soll nicht verraten werden, der des Ortes auch nicht, Verschiedene könnten sonst nachträglich noch zu Schaden kommen. Es genügt, wenn wir verraten, daß es sich um eine Hochzeit des Bürgermeisters handelte und daß die Braut dem Ausland entstammte. Nordin selbstverständlich. Auf einer Fahrt von Kraft durch Freude hatte sie der Bürgermeister da oben kennen gelernt. Wie bei Göring, der seine erste Frau ja auch in Skandinavien eroberte. Man soll sich möglichst an die Beispiele der Führer halten, es muß ja nicht gerade Morphem sein. Ein Fest sollte die Hochzeit werden, das der örtlichen Bedeutung des Bräutigams (Bürgermeister, SS-Führer, Luftschutzkommandant) entsprach. Das Volk braucht Spiele und seine Frau sollte dabei deutsches Brautstum kennen lernen.

Sowas von Trauung war in diesem Ort noch nicht dagewesen, alles beinahe wie bei Göring: spalterbildende SS, der Bräutigam in der neuen Luftschutzuniform, Volk auf den Straßen, ewiges Glockenläuten, Besichtigung der Geschenke durch die Honoratioren des Ortes: Ein Kleinauto (der edle Geber will nicht genannt sein), einige Bierfässer (gestiftet von der Brauerei des Ortes), Seide und Spitzen (die Textilfirma will nicht genannt sein), ein elektrischer Eisschrank (die betr. Firma will usw.), ein Blüthner-Flügel (die betr. Firma usw.). Große Angebinde, schöne Angebinde, denn kleine sind gefährlich — kleine Geschenke erkalten die Freundschaft. Der Bräutigam ist fünfundvierzig Jahre,

aber noch gut erhalten, etwas dick, Weltkriegs-Etappe, wenn auch nicht gerade Pimasens. Die Braut: beinahe wie Brillanten-Emmy, nur weniger Theater und zuverlässigere Großmutter. Das gehört eigentlich alles oben hin, steht aber hier auch ganz gut. Haben wir schon vom Apotheker geredet? Das Freibier soll seine Idee sein. Kompromiß mit der Brauerei: geteilte Rechnung ist halbe Rechnung. Es heißt, daß aus verschiedenen diskreten Gründen eigentlich seine Tochter die gegebene Frau des Bürgermeisters hätte sein müssen, wenn die Treue wirklich das Mark der Ehre wäre. So aber mußte der Doktor eingreifen. Aerzte und Apotheker haben sich zu allen Zeiten gut miteinander verstanden. Schade um das Mädchen, denn so blond wie die Nordin war sie auch, sie erblondete sogar von Jahr zu Jahr mehr und die Spinnentafel ging nach rückwärts soweit das deutsche Auge reicht.

Was das mit dem Freibier zu tun hat? Einen Moment. Am Abend sollte sich die Hochzeit zu einer Art Volksfest erweitern. Im Garten eines Restaurants. Mitwirkende: Gesangsverein Lohengrin, Turner, freiwillige Feuerwehr, Schützenverein. Das Programm verlief ordnungsgemäß: Turnerische Vorführungen, alteutsche Reigen, Scheibenschließen usw. Aber man hätte das dritte Faß gar nicht anstecken sollen, denn jetzt begann das, was ein Flusterwitz später die Nacht der langen Fässer nannte. Die Zungen lösten, Gesichter entspannten sich, Hemmungen versanken ins Bodenlose. Es begann damit, daß der Apotheker in die Nähe der Braut rückte: »Seien Sie froh, Frau Bürgermeister, daß Sie in das erneuerte Deutschland einheiraten. Früher, in

den 14 Jahren marxistischer Mißwirtschaft — da hätten Sie nie ein Auto, Spitzen, Seide und Flügel gekriegt.« Gut, daß der Bräutigam gerade im Saale tanzte. Als er wieder an der Tafel erschien, war dort und an den Tischen ringsum der allgemeine Zungenwirrwarr schon in voller Entwicklung. Es ging zu, wie in einem expressionistischen Drama: Leute kamen an die Tafel, man wußte nicht woher, lallten drauflos und gingen, alles ohne nähere Motivierung. »Ich bin der erste Schneidermeister am Ort, Frau Bürgermeister. Großes Geschäft; drei Rollen braunes Tuch liegen noch auf Lager. Kein Hund mag's. Dann die Einheitsfrontanzüge. Zugeschnitten und nie abgeholt.« — »Bei mir Blutapfelsine: außen braun, innen rot.« — »Achtung, Achtung, lebende Bilder: das Denkmal des unbekanntem Zufriedenen!« — »Kenne den schon? Hitler, Göring, Göbbels im Himmel. Was? sagt Petrus, dreimal haste gelogen? Läufler dreimal um die große Wolke. Und du, Göring? Was, siebenmal haste gelogen? Siebenmal um die große Wolke. Guckt sich Petrus um. Da war doch hier noch so'n kleiner Klumpfuß, wo is'n der hin? Der, sagt Göring, der is nachhause, der holt sein Motorrad.« — Zwei Männer hinken vorüber. »Den beiden fehlt weiter nix, Frau Bürgermeister. Die sin bloß im K. Z. bißchen erneuert worden, weil sie mal die Wahrheit gesagt haben.« — »Achtung, Achtung! Lebende Bilder! Sie sehen hier die letzten drei Arbeitslosen!« »Mit der Kindertaufe warten Sie lieber, bis man weiß, ob der alte Jesus, der neue Jesus, Wotan oder gar nischt gilt.«

So ungefähr gings zu, sonder Scham und Schande. Die ruhigsten Bürger begannen

# Verlogener Heldenkitsch

Oder: Warum die Wahrheit, wenn mit der Lüge besser geht?

Hitlerdeutschland braucht Heldenlegenden, seelische Massage fürs große Massenmorden. Die von Göbbels geleitete Presse macht den Eindruck, als ob das Volk vor Freude am Heldentod überschäumt. Jede dritte Geschichte in manchen Blättern ist Heldenpistole und Soldatengeschichte. Diese alten Krieger sind alle aus dem gleichen Holz: kernig noch im Verhungern, auf das neue »Fronterlebnis« wartend; bis zum Verrecken wortkarg und schweigsam. Namentlich das letztere ist Trumpf. Rasseprofessor Günther hebt ja als Merkmal germanischer Persönlichkeit die Wortkargheit besonders hervor. In mehreren braunefärbten Dramen, wie in Sigmund Graffs neuer Heimkehrertragödie geht der Held beinahe an seiner Redeunlust zugrunde. Das alles ist sozusagen eine Ueberkompensation der Rederitis von Führern, die den Rundfunk täglich malträtierten und sieben Stunden quatschen, um englischen Ministern die Wünsche Hitlerdeutschlands zu versetzen.

Also die Wortkargen — aber da sind wir schon bei dem Buche, das ein Herr von Medem unter dem Titel »Stürmer von Rigas« herausgegeben hat. Eine verschleierte Heldenlegende der Baltikumer, in welcher sich der ehemalige Hauptmann sein eigenes Denkmal setzt. Und nebenbei auch Leo Schlageter, der als Leutnant unter des Autors Kommando stand. Ha, dieser Schlageter! Von Gott wie fürs braune Schullesebuch geschaffen. Er kommt zur Freischar, um den deutschen Soldatentod zu sterben, läßt Studium und Lernen gern im Stich, alles aus Idealismus.

„Die Heimat, Deutschland, alles um ihn herum war nun ins Wanken geraten. Selbst der stille Bauernhof im Wiesental und seine feine und gütige Bäuerin, deren Lieblingssohn er war, konnten ihm keine innere Ruhe geben. Auch schämte sich der Leutnant Schlageter wohl, wie viele seiner besten Kameraden, das Heiligtum des Elternhauses zu betreten, weil er die Novemberrevolte, die er wie die Ausgeburt des Satans haßte, als Makel an sich selbst empfand. Der Leutnant Schlageter sagte das nicht, reden war nicht seine Sache. Aber angedeutet war doch das alles zwischen ihm und dem Hauptmann.“

Nein, das Gerede überläßt er dem Hauptmann von Medem. Der weiß schon, wie richtiger teutonischer Heroenkitsch auszu-sehen hat:

„Als in der Schule der Dorflehrer die Geschichte von Andreas Hofer durchnahm, stand der kleine Albert auf, der sonst die Zähne zum Reden nicht auseinander bekam: „Herr Lehrer, so möchte ich auch einmal sterben.“ Sagt es und setzt sich. Bei einem Nachtritt in Kur-land sprach Schlageter mit dem Hauptmann einmal vom Opfertod für etwas Großes, für das Vaterland, für seinen Glauben. Man müßte es ganz bewußt tun dürfen, sagte Schlageter. Bewußter als er, ist wohl kaum einer gestorben. Mit jener Sicherheit im Herzen, die aus dem Satz seines letzten Briefes spricht: „Also dann

# Kriminalität im Dritten Reich

Zu den Propagandallügen des Hitlerismus gehört die Behauptung, die Kriminalität sei zurückgegangen. Göring, der ständige Festredner der sogenannten Akademie für Deutsches Recht, sagte in einem Vortrag:

„Ich habe vom ersten Tage an rücksichtslosen Kampf und Vernichtung denen angesagt, die aus Selbstsucht und asozialem Treiben die Gemeinschaft und ihre Glieder gefährden und stören. Ich habe grundsätzlich dort die Begnadigung verweigert, wo Menschenblut vergossen worden ist.“

Und der Erfolg? Sehen Sie sich die Statistik durch, vergleichen Sie einmal die Raubmorde vor unserer Machtergreifung und danach, — und Sie werden erkennen können, daß in einem Monat im Jahre 1932 allein in Berlin mehr Raubmorde geschehen waren, als im ganzen Jahre 1933 im gesamten Preußen. Ich meine, das spricht eine deutliche Sprache.«

Bedauerlicherweise ist die Statistik, die den Zuhörern dieser Festsitzung angeblich vorgelegen hat, nicht veröffentlicht worden. Justizstatistiken, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, enthalten weder Angaben über die Kriminalität in der Stadt Berlin, noch ist in ihnen eine besondere Position für den Raubmord vorgesehen. Derartige, dem Laien harmlos erscheinende Schnitzereien für den Kriminalisten meist wichtige Indizien, daß etwas nicht stimmt, daß die von Göring erwähnte deutliche Sprache auf eine große Unwahrheit hindeutet.

Begnügen wir uns, zur Untersuchung der wirklichen Kriminalität eine deutsche Zeitung zu lesen, so können wir folgende Meldungen feststellen:

**Knabenmörder gestellt.** Schwerin. Der Uhrmacher Adolf Seefeldt ist unter dem Verdacht des Lustmordes an sechs Knaben verhaftet worden.

**Mordversuch an einem Kinde.** Marl (Westfalen). Von einem Bergmann wurde bei der Kriminalpolizei gegen seinen Kostgänger Anzeige wegen versuchten Mordes an dem fünfjährigen Kinde des Bergmannes erstattet.

auf ein frohes Wiedersehen im Jenseits.“ In diesen acht Worten ist der ganze Leutnant Schlageter enthalten und wohl auch das Rätsel gelöst, warum er so kristallklar in seinem Wesen war, warum ihn die Tiere und Kinder liebten, und warum reife Männer ihm vertrauten wie Kinder.“

Was die »reifen Männer« auch zu bereuen hatten, denn Schlageter wurde während des Ruhrkampfes zum Verräter. Die französischen Militärbehörden bescheinigten schwarz auf weiß, daß er sich zu retten suchte, indem er seine Kameraden preis gab. Aber solche Kleinigkeiten dürfen einem braunen Schmieranten beim Lügen nicht beirren, zumal auch Schlageters Kolonne ein stilles Heldenlied für sich ist:

»Wenn Schlageter des Abends mit seinen Leuten bei Bier und Pfeife saß, ging es urgemütlich zu wie in einer Schwarzwälder Bauernstube. Einer spielte Ziehharmonika oder die Klampfe. Alle paar Minuten fiel ein Wort. Wer mehr sagte, galt in der Batterie Schlageter als Schwätzer.“

nemand hatte verbotene Witze erzählt und die Gestapo stellte ihre Recherchen ein, weil sie anderfalls das ganze Nest hätte unter Verschluss setzen müssen.

## Die gelockerten Zungen

Darmstadt, 18. Mai.

Das Sondergericht hatte sich am Freitag mit drei Personen zu befassen, die sämtlich in angetrunkenem Zustand zu viel von ihrer staatsfeindlichen Gesinnung ausgeplaudert hatten. Der 54jährige Georg Krämer von Darmstadt hatte in einer Wirtschaft das Winterhilfswerk schlecht gemacht und erhielt dafür eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. In einer Wirtschaft in Gensingen hatte der 64jährige Ostpreuße Emil Naujokat Minister Göring beschimpft; er wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Die 31jährige Frau Marie Boller aus Frankfurt hatte in der Wirtschaft des Darmstädter Ostbahnhofes und nachher noch im Zug nach Groß-Zimmern an der Regierung kein gutes Haar gelassen. Sie wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

(»Neueste Ztg.«, Frankfurt a. M.)

## Lyrische Zwangsleihe

Am 17. April 1931 veröffentlicht der Völkische Beobachter »Zwei unbekannte antise-mitische Gedichte«. Das eine von Franz Grillparzer, das andere von Wilhelm Karl Grimm, dem Bruder Jacob Grimms. Das letztere beginnt mit den Versen:

»Deutschland ist noch ein kleines Kind, Doch die Sonne ist seine Amme, Sie säugt es nicht mit stiller Milch, Sie säugt es mit wilder Flamme.“

Lasicki verhaftet. Recklinghausen. Als Mörder der dreizehnjährigen Elisabeth Meerköter aus Mark wurde Lasicki festgestellt und verhaftet.

Mordversuch an der Ehefrau. Ein siebenunddreißigjähriger Mann unternahm einen Mordversuch an seiner zwei Jahre älteren Ehefrau, indem er ihr eine Schlinge um den Hals warf. Die Frau konnte jedoch noch um Hilfe schreien.

Den Vater getötet. Essen. Im Verlauf eines Streites stieß der zweiunddreißigjährige Friedrich Pape seinen Vater Ludwig Pape die Treppen herunter. Der alte Mann erlitt einen Schädelbruch und verstarb im Krankenhaus.

Mädchen mit Benzin übergossen. Crimmitschau. Der fünfzigjährige Bruno Böhmer übergoß am Freitag nachmittags das etwa vierzehn Jahre alte Aufwartemädchen Dora Hahner mit Benzin und brachte es zur Entzündung.

Schlechte Schrift verriet den Mörder. Berchtesgaden. Der Raubmörder von Garmisch, der die Berliner Oberschwester Katharina Peters beraubt und ermordet hatte, konnte Freitag morgens festgenommen werden.

Nach dieser Aufzählung, die den Meldungen einer einzigen Zeitung über die Kapitalverbrechen eines einzigen Tages entnommen ist, erübrigt es sich, ausführlicher zu berichten, daß die gleiche Zeitung vom gleichen Tage noch die Verhaftung eines Zugführers wegen Zöllschmuggels, die Verurteilung eines Angestellten der Volkswohlfahrt wegen Unterschlagung von 2.400 Reichsmark und den geglückten Betrug durch Umwechslung einer falschen Hundertdollarnote, sowie einen schuldhaft herbeigeführten Verkehrsunfall meldet.

Diese erschütternde Liste gemeinster Rohheitsdelikte und die daneben beinahe verblässenden sonstigen Straftaten geben ein deutliches Bild der wirklichen Lage in Hitlerdeutschland. Kein Zweifel: Die Kriminalität ist erschreckend gestie-

gen. Das Dritte Reich kann nur ein Aktivum für sich buchen: Die internationalen Verbrecher meiden Deutschland. Die Strafen der braunen Justiz für die internationalen Taschen- und Ladendiebe sind so hoch, daß diese Verbrecher das Deutsche Reich meiden und sich lieber in solchen Ländern aufhalten, in denen das »Berufsrisiko« geringer ist. Sonst aber muß aus zwingenden Gründen die Kriminalität steigen. Es liegt im System, daß die Zahl der Rohheitsverbrechen und der Unterschlagungen steigt. Die Gründe sind so bekannt, daß sie nicht wiederholt zu werden brauchen. Ebenso bekannt ist, daß unendlich viele, schwere Verbrechen niemals zur gerichtlichen Untersuchung und Aburteilung gelangen, weil die Person der Täter sakrosankt ist. Nur noch eine Bemerkung zur Publizität:

In den Strafgerichtssälen aller deutschen Gerichte herrscht Hochbetrieb. Eine unabhängige Presse hätte an interessantem Prozessmaterial keinen Mangel. Aber, — es gibt ja noch eine Justizpressestelle. Sie wurde begründet, um der Presse die Aufgabe, über wichtige Verhandlungen zu berichten, zu erleichtern. Jetzt tut sie das Gegenteil. Jeder Gerichtsberichterstattung erhält täglich eine Liste der zur Verhandlung anstehenden Fälle. Diese Liste zeichnet sich dadurch aus, daß bei den meisten Fällen die Anweisung hinzugefügt ist, daß über diese Verhandlung überhaupt nicht oder nur in einer vorgeschriebenen Fassung berichtet werden darf. Auch diese Anweisungen werden noch häufig geändert, wenn das Urteil nicht im Sinne des Justizpressechefs — in Berlin ein Jungling von 23 Jahren — ausfällt.

Mit diesem Vorbehalt ist die Zeitungsberichterstattung zu würdigen. Sie widerlegt die Göringschen Statistiken und ist selbst lückenhaft. Wie schrecklich muß die volle Wahrheit aussehen!

Da war sein Bursche Josef Federer, noch jünger als er selbst und mit ein paar strahlenden blauen Kinderaugen, die nichts als Treue waren. Der ist mit seinem Leutnant überall gewesen. Im Baltikum, in Oberschlesien, zuletzt im Ruhrkampf. Als der Hauptmann den Federer bei der großen Schlageterfeier in Düsseldorf 1933 wiedersah, glaubte er, die Welt sei in den 15 Jahren stehengeblieben. Der Federer hatte zwar inzwischen Frau und Kinder und Not genug, denn er war arbeitslos, aber er strahlte dasselbe Gottvertrauen und dieselbe Treue aus, und gesagt hat er auch nichts.«

Sie lassen halt alle den Medem und die Oberbonzen quatschen. Aber sagte der wortkarge Federer auch nichts, als er von Schlageters Käuflichkeit erfuhr? Und lebt der Federer eigentlich noch? Wir fragen nur, weil verschiedene Kameraden Schlageters im Dritten Reich zu schaden kamen, wobei wir besonders an Leute denken, wie den völkischen Freikorpsführer Heinz-Haunstein, der auch neben Schlageter »kämpfte

und in Gangsterien sehr bald seinen 30. Juni fand, weil selbst diese wortkargen Schlageterkämpfer zum Dritten Reich nicht mehr schweigen konnten und zu Meckerern wurden. Aber nur ein Pedant wird sich im Genuß brauner Heroenlegenden von all diesen belanglosen Tatsachen stören lassen. Mit der Wahrheit kann einer wie Hitler nun mal keinen Staat machen. B. Br.

## Man flüstert

»Warum hat Göring eigentlich geheiratet?«

»Das wissen Sie nicht? Na, um eine zweite Brust zu haben, die er mit Orden behängen kann!«

meckerisch drauflos zu raunzen. Der Bürgermeister starrt entsetzt ins lärmende Chaos. Wenn er einen zur Ruhe verweist, prasseln drei andere los. Ein Volk wirft die Maske ab, läßt die Zunge laufen und überschwemmt den Platz mit Witz, Hohn und politischen Zoten. Der Apotheker sitzt dürr an der Tafel und feixt. Ein Skandal wars! Was gibts in solchem Falle? Das Horst Wessel-Lied. Der Bräutigam befiehlt der Schutzkapelle die Wessel-Hymne. »Alles mitsingen!« Jawohl, aber wie sie singen! Einen falschen Text, nur eine Zeile hört man richtig laut und mit Boshalt, gebüllt: »Die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit...«

Dann der Volkstanz um die Linde. »Sehnst Frau Bürgermeister, so haben unsere schon vor vierhundert Jahren geschwoft, soweit sind wir wieder, nur reden dürfen wir nicht wie davor...« Der Bürgermeister streicht einige Punkte. Zum Beispiel, den Tanz der Burschen und Mädchen ums Feuer, weil dabei sämtliche Göring-Witze losprasseln würden. Das fünfte Faß wurde polizeilich geschlossen, einige Leute mußten abgeführt werden, weil sie den neuen Staat laut und grübelnd beschimpften.

Das Ende verlief in Turbulenz. Unser Chronist berichtet, daß sich der Bürgermeister nur noch eine Rettung ersah: er ließ Fliegeralarm blasen! »Alles in die Keller!« Weg waren sie, denn in Hitlerdeutschland weiß man nie, ob die Fliegerbomben nicht plötzlich Ernst machen...

Am nächsten Tage zeigte der Ort wieder sein sonstiges Gesicht. Der Apotheker drehte seine Pillen, man grüßte die Behörde mit Heil Hitler, der Führer der Schneidermeister bestritt alle despektierlichen Äußerungen,

Bei solcher Nahrung wächst man schnell und kocht das Blut in den Adern. Ihr Nachbarskinder hütet euch Mit dem jungen Burschen zu hadern. Es ist ein läppisches Rieselein, Reißt aus dem Boden die Eiche, Und schlägt euch damit den Rücken wund Und die Köpfe windelweich.«

Die Redaktion leidet den Abdruck mit den Worten ein:

»Wie ein gellender Empörungsschrei aus edler Dichterbrust, soll diese bisher unbekannte Reimperle unseren SA-Männern ins Herz dröhnen, zu einer Zeit, wo es um Kultur und Rasse geht, — im Kampf gegen die Herrschaft des Untermenschentums.«

Sie fügt hinzu:

»Dieser machtvolle, von tiefster Vaterlandsliebe und heiligem Haß flammende Gesang klingt, als wäre er eben erst heute deutscher Brust entquollen und nicht gerade vor hundert Jahren.«

Grillparzer und Grimm sind, auch wenn man nachschlägt, »deutsche« Dichter: Karl Kraus und Heinrich Heine nicht. Die kunstbegeisterten Herren der Redaktion haben sich von diesen »Reimperlen« täuschen lassen. Ihr Rasseninstinkt hat versagt. Das eine Gedicht stammt von Karl Kraus, erschienen in der magischen Operette: »Literatur«; das andere von Heinrich Heine, niedergeschrieben im Jahr 1840. Es ist eines seiner bekanntesten Gedichte; die Abänderungen waren geringfügig.

## „Neue Denkkäuze“

In der Berliner Tageszeitung »Der Westen« klagt irgendein Harmloser:

»Zu allen Zeiten gab es kuriöse Käuze, überspitzte Ideologen. Heute tritt eine Art auf, die sich in überspitzter Härte gefällt. Sie schädigen den Wehrgeist des deutschen Volkes, der ebenso groß wie

seine Friedensliebe ist, ungewollt dadurch, daß sie den deutschen Menschen als ewigen Kriegsmann hinstellen, der keine anderen Interessen besitzt, als möglichst viel Feinde zu haben, damit er sie mit seinem Schwerte, das er ständig wetzt, besiegen kann... Der übermännliche Denkkauz von heute, der die Geschichte untersucht, ruht nicht, bis er die tollsten Formulierungen gefunden hat; wie z. B. die Behauptung, die Abschaffung der Folter (durch Friedrich den Großen) sei das erste Zeichen einer sinkenden Lebenskraft gewesen. Damit wird also Menschen, welche die Möglichkeit besaßen, andere Menschen foltern zu lassen, aber die Erkenntnis von der Unmenschlichkeit dieses Verfahrens hatten, eine biologische Unterwertigkeit zugeschrieben! Sollen wir also wieder die Folter einführen? Darüber schweigt dieser Denkkauz. Es ist an der Zeit, daß man gegen die 180prozentigen Denkkäuze von heute, die nur Zerrissenheit ins Volk bringen und das Ansehen Deutschlands schmälern, bald ganz energisch Front macht.«

Der »Westen« sollte über Denkkäuze, un-menschliche Folter und ähnliche Dinge etwas vorsichtiger urteilen. Falls Streicher wirklich Polizeipräsident von Berlin wird, könnten Betrachtungen solcher Art für Zeitungsredakteure die übelsten Folgen haben!

## Poesie

Wir lesen in der »Preussischen Zeitung«, Königsberg:

»Wir proklamieren die Lyrik als den Zuchtmeister unserer dichterischen Sprache. Es wäre ein Wahn, diesen Zuchtmeister für milde zu halten.«

Die Lyrik als Zuchtmeister — wie wär's mit einem Sonett als Gefängnisdirektor oder Unteroffizier?

# Die Wahl des Betriebsführers

## Neuester Bluff Leys — neuester Reifall

Soweit es sich um die Fortsetzung des Arbeiterbetrugs im Dritten Reich handelt, sind die Nazis nach wie vor erfinderisch. Soeben war der Schwindel der Vertrauensratswahlen abgerollt und schon wußt die Deutsche Arbeitsfront von neuen »Wahl« der Belegschaften zu berichten, die dieses Mal keine Geringeren betreffen sollen als die Herrn im Hause der kapitalistischen Betriebe. Der Informationsdienst der DAF berichtet in sensationeller Aufmachung:

»Einer Anregung des Gauwalters der DAF folgend, haben in den vergangenen Wochen im Anschluß an die Vertrauensratswahlen eine Anzahl von Betriebsführern ihren Gefolgschaften auch die Vertrauensfrage für sich selbst gestellt. Diese Vertrauensabstimmungen, in welchen den betreffenden Betriebsführern das volle Vertrauen der Gefolgschaften ausgesprochen wurde, haben auch in der in- und ausländischen Presse lebhaftes Interesse gefunden.«

Ueber die neueste Demokratisierung der Betriebsverfassung weiß der Informationsdienst der DAF im einzelnen zu berichten, daß der Betriebsführer Franz Hoogen in Dürken am Niederrhein sich seiner Gefolgschaft in einer geheimen Abstimmung zur Verfügung gestellt hat. Alle 350 männlichen und weiblichen Arbeiter des Textilwerkes haben ihrem Unternehmer ihr uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen. Auch Hans Göbbels, den sein Bruder Josef, seines Zeichens deutscher Reklameminister, als leitender Direktor einer Versicherungsgesellschaft versorgt hatte, hat sich ebenfalls seiner Gefolgschaft zur Wahl gestellt und das gewünschte Vertrauensvotum seiner lieben Angestellten erhalten. Dieser neue Reklameschlag war zu verführerisch, um nicht Nachahmung zu finden. Gauwälder Bangert sah sich veranlaßt, allen Betriebsführern im Gau Düsseldorf vorzuschlagen, sich am 30. April, am Vorabend des nationalen Feiertages ihren Gefolgschaften zur Abstimmung zu stellen. Aber erstens kommt es anders und zweitens, als man denkt. Es gibt auch im Rheinland Gefolgschaften, die nicht ganz so fromm geartet sind, als die Arbeitssoldaten bei Hoogen und Göbbels. Die übrigen rheinischen Arbeiter und Angestellten hatten sich in dieser Zeit des großen nationalen Aufbruchs noch genügend Humor bewahrt, um die ihnen vorgeschlagenen Wahlen der Unternehmer durch die Belegschaften ernst zu nehmen und aus der Abstimmung aus ihrer Gegnerschaft zum Kapitalismus die einzig logische, rechtliche Folgerung zu ziehen, daß im Falle der Ablehnung des Vertrauensvotums Besitz und Führung des Betriebe an seine wirklichen Träger, nämlich an die Arbeiter und Angestellten, übergehen müßten. Also Sozialismus der Tat.

Diese einzig mögliche Schlußfolgerung aus den neuen Schwindelwahlen jagte dem gesamten deutschen Unternehmertum einen nicht gelinden Schrecken in die Glieder. Die Kapitalisten witterten wieder einmal eine aufziehende sozialistische Gefahr und rannten schleunigst zu ihrem Schacht, der für ihre Aengste volles Verständnis aufbrachte und seinem Adjutanten in der Arbeitsfront, dem Ley, befahl, seine Betriebsführerwahlen sofort wieder abzubestellen. Der Gauwälder von Düsseldorf hatte soeben den ersten Teil seiner Meldung zu Papier gebracht, da stockte er und fügte hinzu:

»Dabei ist allerdings in der Beurteilung dieser Abstimmung nicht immer von den richtigen Voraussetzungen ausgegangen worden; unter Annahme eines falschen Sachverhaltes sind vielmehr irrige Schlußfolgerungen aus diesen Abstimmungen gezogen worden, die es geboten erscheinen lassen, sachlich und grundsätzlich, folgendes zu dem Vorgehen dieser Betriebsführer zu sagen:

»Die Vertrauensfrage, wie sie von Betriebsführern gestellt wurde, ist natürlich keine Abstimmung über den Betriebsführer oder Wahl des Betriebsführers im Sinne irgendwelcher Entscheidung der Gefolgschaften über die Berechtigung des Betriebsführers zur Betriebsführung. Es kann sich nicht darum handeln, einem Betriebsführer etwa in seiner rechtlichen Eigenschaft als Führer des Betriebes zu bestätigen oder ihn etwa abzusetzen. Das Recht zur Betriebsführung kann dem Unternehmer weder gegeben noch genommen werden.«

Also wehe den Belegschaften, die geglaubt hatten, es könnte bei der Wahl des Betriebsführers etwa an den Gesetzen der kapitalistischen Betriebe, Besitz- und Ausbeuteordnung gerüttelt werden. Die Vertrauensfrage soll, wie die »Wähler« nachträglich belehrt werden, nur Gelegenheit geben, dem Unternehmer eine moralische Zustimmung seiner Gefolgschaft zu bringen. Die Belegschaft soll

ihm Aufschluß darüber geben, »ob sie ihm auch innerlich folgt«.

Zur Bekräftigung dieses nachträglichen Kommentars wird darauf verwiesen, daß schon bei der ersten Abstimmung in der Firma Hoogen & Co. der Betriebsführer erklärt hatte:

»Keiner denkt wohl daran, daß er mich absetzen kann.«

Um die erstaunten Arbeiter wieder zu beruhigen, erklärt ihnen nun die deutsche Arbeitsfront, daß der Verzicht, aus der Abstimmung rechtliche oder wirtschaftliche Folgerungen zu ziehen, keineswegs bedeutet, »daß es überhaupt Abstimmungen ohne Folgen sind«. Es sei nämlich die selbstverständliche Voraussetzung für solche Abstimmungen, daß bei dem Betriebsführer die innere Bereitschaft bestehe, aus eigenem Antriebe auch die richtigen Folgerungen zu ziehen. Das heißt nicht, daß er bei einem Mißtrauensvotum »sein Führertum selbst aufgibt und sich gewissermaßen der Gefolgschaft ausliefert«. Er soll nur sein eigenes

Verhalten revidieren und ein besseres Vertrauensverhältnis zur Gefolgschaft schaffen.

Nach diesem Kommentar werden die deutschen Arbeiter auf eine weitere Diskussion der Betriebsführerwahlen gern verzichten. Die Kapitalisten aber sind wieder beruhigt. Profit und Ausbeutung bleiben geschützt.

Die Wahlen der Betriebsführer waren ebenso demokratisch gedacht wie alle übrigen Wahlen des Dritten Reiches. Nachdem man aber die Wählermassen wohl zwingen konnte, mit dem nötigen Terror einen Nazireichstag und einen Hitler zum Reichspräsidenten zu wählen, es aber im Betriebe trotz allen Drucks nicht möglich zu sein scheint, ein Vertrauensvotum der Ausbeuteten für ihre Ausbeuter zu erpressen, so haben sich Schacht und Ley entschließen müssen, die Fortsetzung dieser Wahlen zu unterbinden. Die deutsche Arbeiterschaft ist damit für die Zukunft um einen Nazischwindel ärmer geworden. Die Unternehmer aber haben eine Gewißheit: Solange Adolf Hitler regiert, bleiben sie die Herren im Hause.

## Die Mütter schweigen nicht

In Will Vespers »Neuer Literatur«, einem sonst durchaus waschechten braunen Organ, erhebt eine Mutter ihre warnende Stimme — nicht die erste und nicht die letzte Frau, die gegen den Wahnsinn brauner Kinderverderbnis aufzustehen wagt. Marie Joachim-Dege betont eingangs, daß die Frau lange Zeit geschwiegen und die Ueberheblichkeit der vielen Mächtigen-Führer, die ihren »latenten Führerwillen« am weiblichen Geschlecht austoben, lächelnd hingenommen habe. Sie fährt fort:

Wenn dagegen O. H. Schmitz ernsthaft doziert: »Worauf eine Frau noch nie (!) ohne männliche Leitung gekommen ist, das ist das Verstehen dessen, was sie tut, was ihr Tun im Zusammenhang eines Ganzen oder der Welt bedeutet« (in seinem Buch: »Die Tragödie der Geschlechter«), so ist das eine Herausforderung an die deutsche Frau als Mensch, als Volksgenosin, als Mutter dieses Geschlechts. Stimmen wie diese haben sich gehäuft und häufen sich noch. Und jetzt schweigt die Frau nicht mehr und lächelt nicht mehr. Sie steht auf und redet... Solche Sätze sind ein Versuch, die deutsche Frau zu orientalisieren! Eine Frau, die nicht weiß, was sie tut, was sie im Zusammenhang eines Ganzen bedeutet, und keinen Sinn für die Welt hat, gehört in einen Harem, wohin sie sich diese Herren auch wünschen (nur daß sie dabei nicht wie die Orientalin nur sich selbst und ihren Kindern leben dürfte, sondern gleichzeitig die Bedienung des Gatten und alles, was ihm sonst nicht paßt, zu übernehmen hätte)...

... Um unseres Volkes willen, vor allen Dingen aber um der deutschen Jungmädchenwelt willen, die in größter Gefahr schwebt, wenn sie weiter unter der »Führung« und »Deutung« dieser Herren bleibt und von ihnen Minderwertigkeitskomplexe

zwecks sexueller Hörigmachung suggeriert bekommt, beginnt die deutsche Frau zu reden... Wir Mütter aber möchten recht herzlich bitten, daß man wieder »anfängt, an das »Mädchen« im »Mädchen« zu denken, daß man Ehe und Mutterschaft wieder mit dem Schleier der Ehrfurcht umgibt und sie nicht zu Schlagworten des Marktes für Massenbedarf werden läßt. — Wir möchten darum bitten, daß man uns in die Erziehung unserer Töchter möglichst wenig hineinredet!

Die Nationalsozialisten haben sich's leichter vorgestellt, die Frau in »Kammer und Küche« zurückzuverweisen. Die deutsche Frauenbewegung — die Marie Joachim-Dege übrigens im gleichen Aufsatz als »germanischste und ethischste aller Bewegungen des vorigen Jahrhunderts« bezeichnet — wirkt nach und die Selbständigkeit, die das zweite Reich seinen Bürgerinnen gewährte, kann nicht mit einem Federstrich aus den Hirnen gelöscht werden. Fredlich ist es vom Zorn über die neue Knechtung bis zu der Erkenntnis, daß die Frau nicht frei sein kann, solange das Volk in Fesseln liegt, noch ein weiter Weg. Die bürgerlichen Frauen werden ihn erst erkennen, wenn sie die Hoffnungslosigkeit ihrer heutigen Proteste eingesehen haben. Und auch dann wird wohl nur ein Teil von ihnen den Mut aufbringen, sich in die große Front der Freiheitskämpfer einzureihen. Immerhin kommt der Widerstand, der jetzt schon einsetzt und ständig wächst, dem braunen Führerkügel ungelegen, denn er beweist, daß ehemals erfochtene Siege nicht ungeschehen zu machen und daß die Jahre der Selbstverantwortung nicht aus den Köpfen zu tilgen sind.

## Das Reich für die Reichen

Daß die Behauptung, vom Dritten Reich profitiere nur das Großkapital kein Greuelmärchen ist, geht mit überraschender Deutlichkeit aus einer Aufstellung hervor, die in der Zeitschrift »Der deutsche Volkswirt« vom 10. Mai 1935 enthalten ist. 1932 gleich 100 gesetzt, ergibt sich folgender Vergleich zwischen der Entwicklung der Produktion, dem Einkommen der Arbeiter und Angestellten und dem der Unternehmer:

	1932	1934
Industrielle Bruttonproduktion	100	153
Einkommen von Arbeitern und Angestellten	100	126
Unternehmenssteuern und Arbeitsgeberbeiträge und Sozialversicherung	100	114
Unternehmereinkommen	100	208

Die Zunahme des Arbeitseinkommens war also weit hinter der Zunahme der Erzeugung zurückgeblieben. Dagegen war das Unternehmereinkommen doppelt so rasch gewachsen wie die industrielle Produktion. Es war im Jahre 1933 um 8 Prozent, 1934 bereits um 108 Prozent höher 1932, es hatte sich also im Laufe eines Jahres nahezu verdoppelt. Andererseits waren die »Opfer«, die das Hitlerreich den Unternehmern in Gestalt von Steuern und Sozialbeiträgen auferlegt hatte, sogar noch hinter der Zunahme der Arbeitereinkommen, die ja nur eine Zunahme in Geld, nicht in Lebensmitteln ist, zurückgeblieben. In dem Unternehmereinkommen sind auch Zinsen und Amortisationen enthalten. Die Bürde der Zinslasten ist aber im Dritten Reich bestimmt leichter und nicht schwerer geworden, das reine

Unternehmereinkommen muß also noch stärker zugenommen haben, als die Zahlen zum Ausdruck bringen.

»Der deutsche Volkswirt« schreibt dazu:

»Diese Entwicklung hätte die Voraussetzung für eine breit angelegte private Investitionstätigkeit bilden können. Sie hat sich jedoch in dieser Richtung nur verhältnismäßig schwach ausgewirkt; die den Unternehmungen aus der »Staatskonjunktur« zugeflossenen Mittel sind vielmehr zum überwiegenden Teil zur Statusverbesserung verwendet worden und haben ihren bekannten Niederschlag in verstärkter Reservenbildung, Rückzahlung von Bankschulden und sonstigen Liquiditätsverbesserung gefunden.«

So gute Zeiten wie unter Hitler haben die Großunternehmer schon lange nicht erlebt. Sie scheffeln Geld aus der Rüstungskonjunktur, aber sie lassen es lieber in eigenen und fremden Geldschränken brach liegen, als es freiwillig in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches anzulegen. G. A. F.

## Heiratskonjunktur — abflauend

In der »Deutschen Steuerzeitung« teilt Staatssekretär Reinhardt voller Stolz mit, daß die Zahl der Eheschließungen in unentwegtem Aufstiege begriffen sei. Während 1932 rd. 510.000 Eheschließungen registriert worden seien, wären es 1933 rd. 631.000, 1934 sogar rd. 740.000 gewesen. Er fügt hinzu, daß das Hitlers geniale Einfalt zu danken sei, die Heiratslust durch Gelddarlehen anzufeuern. Ist das Heiraten eine Geldquelle, so muß die Heiratslust abflauen, wenn diese Quelle versiegt. Seit Ende 1934 wird zwar die Ehestandsbeihilfe weiter er-

hoben, aber die Ehestandsdarlehen werden nicht mehr ausbezahlt. In den Finanzausschüssen der Hitlerregierung ist die Ehestandsbeihilfe nicht mehr gesondert ausgewiesen, sondern in dem Betrag der Lohnsteuer enthalten. Sie wird wie diese zur Deckung der allgemeinen Rechausgaben verwendet und ihrem ursprünglichem Zweck, also den Heiratslustigen entzogen. Seitdem geht deren Zahl merklich zurück. In der Frühjahrsausgabe der Vierteljahrshefte des Instituts für Konjunkturforschung heißt es:

»In den Großstädten hatte die Heiratsziffer im Dezember 34 und Januar 35 nicht mehr ganz die außerordentliche Höhe der entsprechenden Vorkriegszeit, sie war um rd. 15 Prozent niedriger. Das muß sich selbstverständlich auch in den Umsätzen des Einzelhandels mit Hausrat und Möbeln auswirken. Die Aufwärtsbewegung wird langsam in die Horizontale einbiegen.«

So müssen die süßen Erwartungen, die zahlreiche hoffnungsvolle Mädchen in das Dritte Reich gesetzt haben, unerfüllt und zahlreiche Wohnungseinrichtungen unverkauft bleiben.

## Schüchterne Kritik

Um auch den letzten deutschen Arbeiter und Angestellten in die Deutsche Arbeitsfront zu zwingen, geht das Unternehmertum, anscheinend auf Anweisung der Arbeitsfront, dazu über, in den Betriebsordnungen festzulegen, daß nur noch Mitglieder der Arbeitsfront in den Betrieben eingestellt werden. Bei Lehrlingen wird eine Zugehörigkeit und aktive Betätigung in der Hitlerjugend verlangt. In der »Sozialen Praxis« wird nun bei der Besprechung dieser Neuerung festgestellt, daß früher im allgemeinen, außer den sachlichen, keine besonderen Voraussetzungen für die Einstellung in einen Betrieb verlangt worden seien. »Allerdings gab es manche Betriebe, die die Mitglieder von Gewerkschaften oder wohl auch Sozialdemokraten nicht einstellten. Die »Schwarzen Listen«, die vor allem in Zeiten großer Arbeitskämpfe in manchen Industrien oder Ortschaften bei den Unternehmern kursierten, waren berüchtigt und der Gegenstand heftiger und erfolgreicher Kritik seitens der Sozialpolitiker.«

Die gleichgeschaltete »Soziale Praxis« darf natürlich nicht hinzufügen, daß es vor allem die Arbeiter und ihre freien Gewerkschaften selbst waren, die sich mit Erfolg gegen die schwarzen Listen gewehrt haben. Sie darf auch nicht feststellen, daß um die Arbeiterschaft gegen alle Angriffe wehrlos zu machen, die Gewerkschaften zerrümmert wurden und die Arbeiter, bei einem Versuch, sich gegen die neue Methode der schwarzen Listen zu wehren, als »Staatsfeinde« für vogelfrei erklärt würden. Aber daß sie das Vorgehen der Deutschen Arbeitsfront bzw. des Unternehmertums überhaupt mit dem System der ihr selbst als berüchtigt bezeichnenden schwarzen Listen in Zusammenhang bringt, läßt doch vermuten, daß sich wenigstens ein Teil der zum Nationalsozialismus übergelaufenen Sozialpolitiker für diese jetzt üblichen Methoden doch ein wenig zu schämen beginnt.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kó 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kó 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kó 2.— (Kó 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guild. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengó 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.